

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilzeilen 30 Pfg.

## Die Idee.

Das ist der Fluch und war der Fluch von je:  
Daß alle Pharisäer höhnisch lachen,  
Wenn eine neugeborene Idee  
Will ihre ersten frohen Schritte machen.  
Ist wie ein Kind wohl, das noch tastend lernt  
Und leicht einmal im Behen hingefunken.  
Sie aber brüllen im Philisterchor:  
Seht, seht: wie trunken!

Doch Kinder wachsen. Und auch die Idee  
Hebt ihre Kraft und weiß sie zu gebrauchen;  
Sie klimmt empor zu immer hell'rer Höh  
Und läßt die Tore in dem Dunkel sauchen.  
Die hätten gar zu gern das kühne Wagen  
Nun mit des haffes plumper Faust gelähmt.  
Sie sehn erbittert, und man hört sie sagen:  
Wie unverschämt!

Und bricht das Licht dann von den Bergen nieder,  
Zuckt's durch die Lande wie Gewitterstrahl,  
Und hallt das Echo in den Tälern wieder,  
Weil sich die Hoffnung in die Herzen stahl,  
Dann tritt der feinde blöde Macht zu hauf,  
Sie zu vernichten, die so unerklärlich,  
Und bange flüstern sie: nun dran und drauf!  
Die ist gefährlich!

Gefährlich, trunken, unverschämt... Von je  
Wird so der neue, kühne Geist empfangen,  
Und ließe sie sich töten, die Idee,  
Sie wäre stets gekreuzigt und gehangen!  
So kerkern sie nur die Bekenner ein  
Und spritzen Gift aus heimlichem Gesträuch.  
Doch der Gedanke singt im Sonnenschein:  
Was hilft es euch?!

## Sonnenfeier.

Pfingsten ist das Fest der Sonne, auch dann, wenn sie an den Feiertagen zufällig nicht scheinen sollte. Denn das große Gestirn steht um diese Zeit nicht mehr weit von seinem Höhepunkt und nähert sich dem Gipfel seiner Macht und seines Wirkens. Die Tage dehnen sich weiter und weiter aus, die Nächte schrumpfen mehr und mehr zusammen.

Wer nicht in Höhlen wohnt, wer nicht von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in dumpfen Mauerlöchern schaffen muß, wer wenigstens am Feiertage hinaus kann ins Freie, darf sich im Lichte baden.

Der starke Magnet, den die Städte, und namentlich die Großstädte, bilden, verliert seine Macht. Vor allen Toren scheinen stärkere Magneten die Herrschaft an sich gerissen zu haben: stromweis ziehen sie die Massen aus dem Innern der Steinhäufen heraus. Wer am Feiertage vom erhöhten Mittelpunkt einer Großstadt alle nach außen führenden Straßenzüge beobachten konnte, dem müßte die Stadt selbst wie eine Sonne erscheinen, eine graudunkle und staubige allerdings, die ihre Menschenstrahlen nach allen Seiten ausfendet.

Denn die Sonne ist der stärkste Magnet, und wie um sie die Planeten kreisen und nicht loskönnen aus ihrer alten, ewigen Bahn, so kann auch der Mensch nicht los von der Sonne, nicht los von dem allmächtigen Feuer, das unsere Erde erhellt und erwärmt und unsere Zone um die

Pfingstzeit mit einer unendlichen Fülle bunter Blüten schmückt, die uns Freude und Frucht verheißt. . . .

Es haben sich gelegentlich Stimmen erhoben, die aus der plattesten Alltäglichkeit heraus gegen die „Vergötterung der Natur“ glaubten protestieren zu müssen und die Kultur an die oberste Stelle zu schieben versuchten. Ja, es gibt eingeleistete Pflastertreter, die verächtlich auf die sonnenhungrige Menschheit herabschauen, weil sie in dem unwiderstehlichen Gang zum Naturgenuß sozusagen eine geistige Rückständigkeit erblicken, einen Atavismus (Vererbung) aus jener Zeit, da „unsere Ahnen auf Bäumen lebten und mit den Vorderfüßen Nüsse knackten“. Und es existieren Propheten, die eine Zusammenrottung aller Menschheit in kolossalen Städten voraussehen — in Städten, gegen die unsere heutigen Großstädte „elende Kaffs“ genannt werden müßten.

Sie alle glauben an die unwiderstehliche und fortschreitende Anziehungskraft der Stadt und an eine zunehmende Minderung des Naturgefühls — bis zu einem gewissen Grade mit Recht. Aber wird die elektrische Bogenlampe hier wirklich in eine siegreiche Konkurrenz treten können?

Uns dünkt, daß hier ein wenig Entartung mitspielt, und daß sie alle die allmächtige Anziehungskraft der Sonne wesentlich unterschätzen.

Wenn sie von Kultur reden, meinen sie kapitalistische Kultur, und wenn sie die wirtschaftliche Entwicklung als Beweis anführen, so sehen sie eben auch hier nur die kapitalistische Entwicklung und ihre für den Augenblick natürlich unbestreitbaren Tendenzen.

Trotzdem: sogar in den Kreisen der geistigen Kulturträger von heute, der Intellektuellen, erheben sich Stimmen gegen die uneingedämmte Zusammenhäufung von Menschen in licht- und sonnenlosen Steinhäufen. Von hier geht die Gartenstadtbewegung aus, die schon im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung eine Besserung bezweckt und ihren Anhängern mit privaten Mitteln einen ausgiebigeren Genuß von Luft und Sonne ermöglichen will. Aber diese Kreise sind auch nicht die eigentlichen Vertreter des Kapitalismus.

Was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, von der die prinzipiellen Pflastertreter nur eine Seite sehen — eben die Tendenz zur Menschenanhäufung —, so vergessen sie, daß von dieser Entwicklung das moderne Proletariat erzeugt wurde, dem ein eigenes geistiges Leben innewohnt; so übersehen sie, daß aus dieser Entwicklung heiße Kämpfe um ein neues Menschentum entsprungen sind; daß sie selbst die Bedingungen schafft, aus denen heraus die neuen Menschheitsziele den Sieg gewinnen müssen.

Wenn die eigentlichen Erzeuger der Werte zur Herrschaft über ihre Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden gelangen, so wird ihr erstes Bestreben sein, die Planlosigkeit, wie sie in der heutigen Produktion herrscht, in eine durchaus planvolle und zweckentsprechende umzuwandeln. Wenn an die Stelle des Mehrwert-Erzagens der Wille tritt, die Schätze der Welt und alle Arbeit zur Förderung der ganzen Menschheit und ihres Wohlbefindens anzuwenden, dann tritt eben von selbst an die Stelle der kapitalistischen Kultur — die so häufig Unkultur ist — die soziale Kultur.

Die Kultur des Sozialismus aber wird eine im höchsten Maße sonnenfreundliche sein; denn im Feuer der Sonne nur, in Freiheit, Licht und Luft kann seine neue Menschheit erwachsen.

Der Kapitalismus ist seinem ganzen Wesen nach sonnenfeindlich. Unter seinem Szepter hat die Lungenschwindsucht jene unheimliche Ausdehnung erfahren, die Grausen in uns erweckt, wenn wir ihre Zahlen lesen. Die Berichte der Krankenkassen sind samt und

sonders dokumentarische Beweise für den Satz, daß der Kapitalismus dem Volke die Sonne gestohlen hat. Das ist gleichbedeutend mit Leben.

Denn die Sonne ist das Leben; erlischt sie, so erlischt alles, was auf dieser Erde atmet. Und je weniger der Mensch davon erhält, um so leichter packt ihn Krankheit und Siechtum.

Wie der normale Mensch sich zu aller Zeit an die Mutter gefesselt fühlt, die ihn geboren, so spürt die Menschheit bewußt oder unbewußt den tiefen, starken Zusammenhang mit der Urzeugin Sonne, die unser Dasein in steter Erneuerung erhält. Nie wird die große Sehnsucht nach ihrem Licht, nach ihrer Wärme, nach ihrem Klang erlöschen. In ihrem Schein wird sich immer wieder die Menschheit baden, um Kraft, Mut, Hoffnung und Fröhlichkeit zu erlangen. Wo diese Sehnsucht nicht ist, da wird Entartung sein.

Wir aber wollen nicht mit trübten Augen im Dunkeln leben, wollen nicht fröselnd und unempfänglich für die Schönheit der Erde durch das Dasein wandern.

Darum kämpfen wir. Darum bringen wir Opfer und suchen die Zeit unserer täglichen Fron abzukürzen. Denn jede Minderung der Arbeitszeit ist ein Gewinn an Sonne; jeder Pfennig Lohnerhöhung ist ein Atom von ihr. Weil er uns hilft, sie aufzusuchen. Oder die Münze wird uns zu Brot, das eine Frucht der Sonne ist und uns kräftigt zu weiterem Schaffen, zu weiterem Kampf. Zum Kampf gegen die überkommenen Verhältnisse, die das arbeitende Volk niederzuhalten suchen, zum Kampf gegen die Sonnenfeinde. . . .

Henrik Ibsen, der große norwegische Dichter, hat in seinem erschütternden Familiedrama „Gespenster“ den Fluch unheilvoller Vererbung dargestellt, und er läßt es ausklingen in den Ruf eines kranken Künstlers nach der Sonne.

„Mutter, gib mir die Sonne!“ . . .

Man kann dies Bild ohne Zwang auf die große Masse der arbeitenden Menschheit übertragen. Auch sie steht unter einem Fluch, der sich nun schon durch Generationen forterbt, und der oft, allzu oft, im allerwörtlichsten Sinne Krankheit und frühen Tod bedeutet. Dieser Fluch ist die Herrschaft des Kapitals, unter der Hunderttausende zusammenbrechen, weil es ihnen an Brot und Licht, an Luft und Sonne fehlt. . . .

Sonne! . . . Die Kranken lächeln, wenn sie das Wort hören; denn es ist voll Hoffnung und Freudigkeit. Zuerst geht auch durchströmt den Gesunden, wenn er hinausgeht ins Freie, sorglos hinein in den hellen, blinkenden Feiertag, in Feld und Wald, wo das Licht ausgegossen liegt über fruchtbaren Aedern, wo die zarten Birken und trohigen Eichen grünen und die flimmernden gelben Strahlen im jungen Pfingstlaub spielen und alles werdende erwärmen.

Ueber Blütenbuntes Waldmoos, über weißbesternete Wiesen, durch Meere von wogenden Galmen geht unser Fuß. Wir sehen die Mehren reifen, unser zukünftiges Brot, und hören ringsumher die große, gewaltige Melodie des Leben, erzeugt von der Sonne. Alles ist im Wachsen, alles will zur leuchtenden Mutter empor, die ihre Strahlenflut ausbreitet über das freudige, ringende Dasein da unten, das Sieg und Früchte verheißt.

Ja, die Sonne ist Hoffnung und Freude.

Darum lachen wir der Toren, die uns ewiges Dunkel prophezeien.

Und was sie auch ausfinden mögen, uns niederzuhalten, nie wird der trohige, fordernde Ruf der Schaffenden verstummen:

„Gebt uns die Sonne!“

# Die Entwicklung unseres Verbandes im ersten Quartal 1910.

Nach der nebenstehenden Tabelle haben wir im verfloffenen ersten Quartal in unserem Verbands 202 465 berechnete Beiträge und 3039 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Im Jahre 1909 hatten wir durchschnittlich pro Quartal 187 045 Beiträge und 2423 Neuaufnahmen. Gegenüber dem Quartalsdurchschnitt von 1909 verzeichnen wir also ein Mehr von 15 420 Beiträgen und 616 Neuaufnahmen. Dem ersten Quartal 1909 gegenüber,

welches mit 171 564 Beiträgen und 2167 Neuaufnahmen abschloß, haben wir einen Vorprung von 30 901 Beiträgen und 872 Neuaufnahmen. Gegenüber dem vorletzten Quartal, dem vierten Quartal 1909, welches unserm Verbands 215 441 Beiträge und 2383 Neuaufnahmen brachte, haben wir eine Abnahme von 12 976 Beiträgen und eine Zunahme von 656 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Wenn auch in Betracht gezogen werden muß, daß feils im vierten Quartal in der Mehrzahl der Zahlstellen die größte Mühe zur Eintreibung der rückständigen Beiträge aufgewendet

wird und infolgedessen das vierte Quartal immer mehr an Beiträgen als das nachfolgende erste Quartal brachte, so dürfen wir doch diesmal nicht außer acht lassen, daß wir im ersten Quartal 1910 an Neuaufnahmen 656 mehr als im vierten Quartal 1909 zu verzeichnen hatten. Diese Zunahme von Neuaufnahmen und der beträchtliche Rückgang von 12 976 Beiträgen vom vierten Quartal 1909 zum ersten Quartal 1910 läßt stark die Vermutung aufkommen, daß in bezug Eintreibung der Beiträge nicht alle Anstrengungen gemacht wurden.

An der Zunahme der Beiträge und Neuaufnahmen im verfloffenen Quartal gegenüber dem Quartalsdurchschnitt von 1909 sind die sämtlichen Gauen beteiligt. Es haben mehr:

Zahlstellen	1903		1904		1905		1906		1907		1908		1909		1910	
	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.
<b>Gau Berlin.</b>																
Berlin	216	6556	1153	17746	364	18727	466	21591	647	26369	376	30563	343	34070	368	38279
Brenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	5	160	6	309	6	406	5	332	3	373	1	442	1	468	1	450
Breslau	38	822	51	1176	98	1541	60	1234	29	931	34	1062	37	1276	77	1517
Cottbus	9	181	5	266	8	337	15	538	7	378	7	224	13	258	20	403
Danzig	—	—	27	889	38	887	70	1063	51	1458	29	1179	45	1037	36	1047
Deßau	—	—	—	—	—	—	—	—	11	406	4	551	4	492	10	584
Forst i. d. L.	4	130	1	153	2	167	3	180	1	171	2	194	1	194	1	155
Görlitz	—	—	13	183	24	222	4	142	4	161	22	401	9	370	3	344
Halberstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	10	189	12	243	8	127	22	292	14	350	6	325	10	348	5	411
Magdeburg	9	1803	25	1644	10	1453	22	1621	40	2642	51	3606	73	4896	81	5264
Schönebeck	1	61	1	61	1	61	1	61	2	151	2	137	2	130	3	171
Stendal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	—	—	40	370	35	790	44	1159	22	1138	11	1146	24	1805	25	1469
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tangermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	—	—	5	130	13	140	7	180	6	170	9	227	4	270
Weißwasser	—	—	—	—	—	—	—	—	4	168	3	100	3	147	6	147
<b>Summa</b>	<b>292</b>	<b>9418</b>	<b>1315</b>	<b>22608</b>	<b>609</b>	<b>25073</b>	<b>738</b>	<b>28705</b>	<b>878</b>	<b>35486</b>	<b>563</b>	<b>40844</b>	<b>593</b>	<b>46176</b>	<b>664</b>	<b>51596</b>
<b>Gau Hamburg.</b>																
Hant-Wilhelmshaven	13	223	7	328	10	401	9	376	4	396	7	405	5	449	3	464
Braunschweig	2	440	20	721	24	795	21	809	11	606	22	1188	15	1453	34	1664
Bremen	12	192	20	471	17	608	77	1416	41	1474	25	1505	30	1484	47	2125
Bremerhaven	7	103	5	195	8	124	12	375	16	593	7	522	9	488	5	534
Elmsborn	—	—	5	121	3	99	3	146	3	188	—	—	—	—	—	—
Hensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	339	17	486
Hamburg	126	10272	184	12345	156	13513	164	14920	212	17145	209	19460	251	22197	222	22510
Hannover	10	327	36	783	17	693	35	867	76	2736	66	3993	71	4154	265	4887
Harburg	7	415	7	548	9	530	11	571	6	551	11	736	21	1039	11	1110
Hildesheim	1	169	1	78	1	95	2	104	5	177	2	158	2	148	2	101
Hief	28	1121	29	1445	11	1186	16	1303	20	1792	21	1855	16	2034	25	2267
Lübeck	11	1073	16	1210	7	844	8	898	8	1004	3	1085	6	1146	9	1221
Lüneburg	1	178	3	266	2	244	6	302	4	272	2	262	3	315	1	277
Neumünster	2	122	2	69	5	95	6	184	2	121	1	62	2	104	—	141
Oldenburg	1	74	4	165	4	166	7	235	3	248	3	232	3	257	2	350
Rotflod	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmerin	8	64	9	213	8	250	3	208	3	142	4	155	2	106	3	129
Segeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neterfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wegfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Summa</b>	<b>224</b>	<b>14773</b>	<b>302</b>	<b>19392</b>	<b>287</b>	<b>20039</b>	<b>394</b>	<b>23240</b>	<b>423</b>	<b>27927</b>	<b>390</b>	<b>32116</b>	<b>455</b>	<b>36410</b>	<b>668</b>	<b>39295</b>
<b>Gau Leipzig.</b>																
Altenburg	2	125	4	189	3	310	1	309	1	265	2	304	1	319	5	349
Apolda	—	—	—	—	2	80	1	100	1	213	1	299	1	276	1	297
Chemnitz	11	304	7	264	10	379	40	628	33	1170	13	697	16	1037	20	1420
Crimmitschau	4	197	15	339	3	255	2	203	1	172	2	221	3	265	3	313
Dresden	96	3150	83	3996	185	4922	77	4515	114	10103	123	13587	211	15692	159	18243
Eisenach	—	—	—	—	1	87	—	83	—	102	1	129	1	192	6	246
Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	1	133	1	145	3	197	9	317	4	393	3	369	4	450	5	472
Halle a. d. S.	5	267	9	468	6	495	10	587	20	952	16	1267	16	1455	17	1504
Jena	—	—	—	—	2	109	2	200	4	197	2	196	2	226	1	272
Ilmenau	2	185	4	228	4	296	2	262	2	267	1	279	3	285	1	364
Leipzig	35	2443	49	2934	58	3249	73	3378	61	3634	54	4476	68	4740	72	4898
Leisnig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meuselwitz	7	441	6	448	7	475	3	326	2	338	6	399	4	451	5	345
Plauen i. Vogl.	6	360	6	440	3	365	3	341	8	359	5	448	6	507	1	437
Rudolstadt	1	87	2	132	4	139	7	201	3	219	3	248	1	204	3	219
Schmölln i. S.-M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonneberg i. S.-M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Suhl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißfels	2	101	7	214	1	176	—	160	1	188	3	225	4	256	3	246
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	—	—	—	—	10	229	11	285	4	120	—	—	—	—	—	—
<b>Summa</b>	<b>172</b>	<b>7733</b>	<b>196</b>	<b>9979</b>	<b>302</b>	<b>11929</b>	<b>262</b>	<b>12722</b>	<b>288</b>	<b>20070</b>	<b>272</b>	<b>25242</b>	<b>380</b>	<b>29768</b>	<b>387</b>	<b>33805</b>
<b>Gau Frankfurt a. M.</b>																
Bieberach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bielefeld	—	—	8	66	4	120	2	88	10	452	23	862	31	1285	31	1649
Böckum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cassel	35	384	14	291	10	353	23	507	21	961	14	754	20	915	22	988
Cöln a. Rh.	22	151	65	934	64	1544	43	1404	42	1682	44	2065	25	1858	64	2240
Colmar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	5	272	10	318	13	341	15	395	10	355	14	471	8	490	13	458
Dortmund	17	409	16	440	8	381	34	983	23	1035	10	699	16	752	17	971
Düsseldorf	21	465	33	673	20	722	24	756	16	812	14	1001	14	1059	27	994
Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eberfeld	34	490	48	1189	18	998	39	1444	29	1627	31	1698	22	1688	19	1686
Effen a. d. Ruhr																

feinen Diener zum Großweir machen kann, und in das daraus sich ergebende Milieu hat sich Herr Dernburg gut eingelebt — eigen ist ihm nur eine derbe Ausdrucksweise nach unten. (Geizhals.)

Zum Stellenvermittlergesetz beantragten die Sozialdemokraten in zweiter Lesung:

Zu § 1 die obligatorische Einführung beruflich gegliederter Arbeitsnachweise, die von einer aus Arbeitern und Arbeitgeber bestehenden Kommission verwaltet werden; die Konzession der gewerksmäßigen Stellenvermittler soll am 1. Januar 1914 erlöschen. Ferner soll die gewerksmäßige und nicht gewerksmäßige Stellenvermittlung der Vereine, Verbände, Gesellschaften untersagt sein. Doch soll die Forderung des ersten Satzes (obligatorischer Arbeitsnachweis) erfüllt sein, wenn an einem Ort oder für einen Bezirk auf Grund einer Vereinbarung oder eines Tarifes eine Stellenvermittlung errichtet ist, für deren Verwaltung eine Vertretung vorgeesehen ist, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter nehmmer unter Leitung eines unabhängigen Vorsitzenden zusammengesetzt ist.

Selbsterständlich, möchte man sagen, wurden diese Anträge abgelehnt. Genosse Hildenbrand wies darauf hin, daß die privaten Stellenvermittler die Erstzugsberechtigung verloren und daß es nicht angängig ist, daß der Mensch den Menschen verhandelt. In Bayern und Württemberg hat man mit den städtischen paritätischen Arbeitsnachweisen die besten Erfolge zu verzeichnen. Alle Einwendungen, wie z. B. die öffentlichen Arbeitsnachweise seien nicht in der Lage, die Bedürfnisse zu befriedigen, sind hinfällig; dagegen sind die schweblichsten Mängel nachzuweisen. Auf diejenigen, welche sich mit Menschen- und Seelenverkäuferei beschäftigen, brauchen wir wahrlich keine Rücksicht zu üben. Das Gesetz selbst werden wir im Wortlaut bringen, sobald es die dritte Lesung passiert hat. Im Bundesrat wird kein Hindernis gemacht werden.

## Lohnbewegungen und Streiks.

**Lohnbewegung der Bäckergehilfen in Friedberg.** Seit einem halben Jahre gehören die Gehilfen der Organisation an und haben in mehreren Versammlungen beschlossen, an die Meister Forderungen zu stellen, und zwar: Ausbezahlung des Kostgeldes, eine kleine Lohnerhöhung und Bezahlung der Ueberstunden. Zu Verhandlungen hatten sich die Meister bereit erklärt, und es fand am 26. April die erste Versammlung statt, die aber unter dem Vorhitz des Bäckermeisters Engel zu keinem Resultat führen konnte. Gestern gab es abermals Verhandlungen, die zu einer Einigung zwischen den erschienenen Meistern und der Gehilfenkommission führten. Dieses Abkommen soll nun jedem Meister unterbreitet werden. Die Gelben glauben auch hier ihr elendes Handwerk treiben zu können; obwohl sie nicht ein einziges Mitglied haben, drängen sie sich gestern in fegelehafter Weise zu den Verhandlungen. In vernünftiger Weise wies sie Herr Bäckermeister Dönges aus dem Saale. Anders dachte aber Herr Bäckermeister Wolf; er verließ den Saal, weil die Gelben nicht dabei bleiben konnten, und konnte sich nicht zurückhalten vor Zorn, so daß er schließlich seinen Gehilfen wegen Zugehörigkeit zum Verband entließ. Dieser selbe Herr Wolf tut sonst so, als sympathisiere er mit den Bestrebungen der Arbeiter; er zahlt auch gelegentlich einen Beitrag. Für solche „Sympathie“ danken wir aber bestens.

Bis Donnerstag, 5. Mai, hatten bereits mehrere Meister die Forderungen bewilligt; das Gewerkschaftskartell und die Parteileitung halten eine Sitzung ab, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die Herren Wolf und Engel, über deren Betriebe schon immer die meisten Klagen über unschöne Behandlung laut wurden, gebärden sich jetzt als die größten Scharfmacher.

Die Verhandlungen mit den einzelnen Bäckermeistern haben das Resultat ergeben, daß bis jetzt sieben Bewilligungen vorliegen. Die Vereinbarungen lauten:

### Tarifvertrag.

Zwischen dem unterzeichneten Bäckermeister und dem Verband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Mitgliedschaft Friedberg (Hessen).

#### 1. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit ist an den Wochentagen eine zwölfstündige, an Sonn- und Feiertagen eine zehnstündige, einschließlich der notwendigen Essenspausen.

#### 2. Löhne.

Der Mindestlohn beträgt bei voller Kost und Logis für jüngste Gehilfen M 8; für Gehilfen, welche neben dem Meister allein sind, aber keine selbständige Teigmacher oder Schiefer sind, M 10; für Teigmacher M 12; Schiefer M 14.

Auf Verlangen wird die Kost allen Gehilfen ausbezahlt und beträgt der Mindestlohn für jüngste Gehilfen M 18; für Gehilfen, welche neben dem Meister allein sind und keine Teigmacher oder Schiefer sind, M 20; für Teigmacher M 22; für Schiefer M 24. Verheirateten Gehilfen ist auch Logis ausbezahlt und erfolgt ein Lohnaufschlag von M 2 dafür. Frühkaffee, Brot und Bröckchen zum persönlichen Bedarf erhalten Gehilfen in bisheriger Weise, Lohnabzug findet dafür nicht statt.

#### 3. Allgemeines.

Ueberstunden sollen allgemein nicht vorkommen; vor den Feiertagen oder bei besonderen Anlässen verständigen sich die Meister mit den Gehilfen besonders, ebenfalls bei Bedarf von Aushilfskräften.

Die Kündigung beträgt gegenseitig 14 Tage. An den festen Öftern, Pfingsten und Weihnachten erhält jeder Gehilfe 48 Stunden frei ohne Lohnabzug. Bisher bestandene höhere Löhne und Vergünstigungen dürfen nicht gekürzt werden.

#### 4. Tarifdauer.

Vorstehender Tarifvertrag tritt am Tage der Vereinbarung in Kraft und gilt bis zum 30. April 1912. Er bleibt auch länger in Kraft, wenn von keiner Seite einen Monat zuvor gekündigt wird. Während der Kündigungsfrist treten die Parteien zur Erneuerung resp. Verbesserung des Vertrags in neue Verhandlungen ein.

Friedberg, . . . . . 1910.

(Unterschriften.)

## Kollegen! Zuzug nach den Streiforten ist fernzuhalten!

**Zur Bewegung in Magdeburg.** Der Streit beginnt jetzt in das Stadium des Boykotts einzutreten. In einem Flugblatt an die Gesamtbevölkerung wurden die Ursachen des Kampfes dargelegt. Aber wie bei allen unsern Lohnkämpfen beginnt jetzt auch hier die Bäckerinnung und ihre gelbe Schutztruppe jene widerwärtige Taktik des Sand-in-die-Augen-Streuens durch die Presse. Die Magdeburger Bäckerinnungshäupter schämen aber das Publikum in geistiger Beziehung noch tieferstehender ein, als sie selbst sind.

Der Obermeister bezeichnet alles als unwahr — selbst daß das Jahr 365 Nächte hat. Auch der Lohn von M 21 enthält — Unwahrheit. Die Innung behauptet, daß sie mehr bezahlt als M 21, spricht aber wenige Zeilen weiter von unerfüllbaren Forderungen. Wenn die Gefellen weniger fordern, könnten doch diese Forderungen leicht erfüllt werden. Selbst aber gibt sofort das Innungsgeistesprodukt zu, daß sie nur M 8 durch „Vereinbarung“ (mit den Gelben) bezahlen. Heute noch werden Löhne von M 6 pro Woche an Bäckergehilfen bezahlt, aber auch ein Bäcker-Innungs-Obermeister könnte wohl bei einiger Anstrengung ausrechnen, daß M 8 Lohn weniger sind als M 21 Minimallohn, selbst wenn man Kost und Logis zu den höchst zulässigen Sätzen anrechnet.

Die Arbeit sei von meist ganz jungen Gefellen niedergelegt, so erzählt das Innungszeugnis. Ja, Herr Ober-

## Die brutale Aussperrung im Baugewerbe

ist ein Kampf der Unternehmer gegen die allgemeine organisierte Arbeiterschaft! Man will die Gewerkschaften knebeln und beginnt mit den Bauarbeitern, weil diese die Vorhut derselben bilden. Unter allen Umständen und ohne Zögern hat jedes Verbandsmitglied Solidarität zu üben und dafür zu sorgen, daß in

### jedem

Betriebe regelmäßige Geldsammlungen eingerichtet und so lange fortgesetzt werden, bis der Gewaltstreik abgeschlagen ist. Es gilt, den Scharfmachern zu zeigen, daß die Arbeiter

### sofort

wie ein Mann zusammenstehen, wenn man hand an ihre Organisationen legen will!

meister, wer beschäftigt denn ältere Gefellen? Wer beschäftigt verheiratete Gefellen? Und obendrein verhöhnt die Innung die Gefellen, wenn sie von Verheirateten spricht, die bis zu — man denke — M 15 verdienten.

Die Innung behauptet noch, daß die „unerfüllbaren“ Forderungen nur vom „roten“ Verband gestellt seien, sie aber nur mit dem Gefellenauschuß verhandeln könnte. Da von letzterem keine Forderungen gestellt seien, wären auch die Verhandlungen vor dem Einigungsamt unmöglich gewesen. Diese Behauptung ist ein unwahrhaftiges Verlegenheitsgestammel. Die Innung weiß, daß der Altgefelle der Innung als Altgefelle die Gefellenforderungen mitunterzeichnet hat. Der Obermeister selbst aber hat dem Altgefellen erklärt, daß die Innung beschließen hätte, überhaupt nicht zu antworten, es auch ablehne, zu verhandeln. Wer sagt da die Unwahrheit, Herr Obermeister? Nirgend hat die Innung ernsthaft die „Gefellenwünsche“ berücksichtigt, deshalb ist die Innungsannonce ein unwahrhaftiges Machwerk „frivolster Art“, das nur bezweckt, das Publikum über den Scharfmachercharakter dieser von der Arbeiterschaft sich fast ausschließlich nähernden rüchständigen Zünftlergruppe zu verschleiern.

Zu einem als Annonce auf Kosten der Innung ausgegebenen Flugblatt der Gelben verlohnt es sich kaum, ein Wort zu verlieren. Als Kuriosum sei nur mitgeteilt, daß das Flugblatt, unterzeichnet: Der Vorstand des Bundes der Bäcker (Konditoren) Deutschlands (Mitgliedschaft Magdeburg) am Donnerstag morgen in der gelben Druderei in Berlin schon hergestellt war, nachmittags aber die Mitgliedschaft erst „gegründet“ wurde. Das Flugblatt scheint aber ein auf Vorrat gearbeiteter Ladenahter zu sein, den die gelben Rausreißer auch in Frankfurt am Main, wo die Bäcker den wöchentlichen Ruhetag fordern, verbreitet haben. Nun haben die Herren ihre hilflose Stottere über den Ruhetag, die niemand — vielleicht sie selbst nicht — versteht, aus Versehen in das Magdeburger Flugblatt gebracht, wobei sie übersehen haben, daß die Magdeburger Bäckergehilfen den Ruhetag überhaupt nicht gefordert haben. Sie verschweigen ferner, genau wie die

Innung, daß sich die „00“ Kollegen fast zu zwei Dritteln aus Bäckermeistern zusammensetzten.

Daß die Bäckermeister zum Teil auf die eingereichten Forderungen mit den größten Gemeinheiten gegen die Verbandsfunktionäre antworteten, versteht sich — leider — von selbst. In der Magdeburger Arbeiterpresse sind die Betreffenden gebührend festgenagelt worden. Im übrigen hat die Bewegung, wenn man die schwierigen Verhältnisse in Magdeburg in Betracht zieht, bisher doch ziemlich gute Erfolge gebracht — wir bringen das Ergebnis später im Zusammenhang — und wird dieser erste Vorstoß der Organisation eine große Breche in die dortigen unhaltbaren Arbeitsverhältnisse legen.

Die Zahl der Streikenden vermindert sich jetzt von Tag zu Tag. Die geregelten Bäckereien mußten gestern teilweise schon neue Arbeitskräfte einstellen. Trotzdem können sie das Arbeitsquantum kaum bewältigen, und die boykottierten Bäckereien bilden ihren immer zahlreicher davonlaufenden Kunden nach wie betrübte Lohgerber, denen die Felle fortzuschwimmen. Welcher Terror seitens der Innung auf die Meister ausgeübt worden ist, geht aus folgendem Uas hervor, den sie erließ:

### Bäcker-Zwangs-Innung.

Magdeburg den 3. Mai 1910.

### Generalversammlungsbeschluß.

Auf Grund des § 24 Abs. 2, des § 2 Abs. 1 und 2 sowie des § 10 des Innungsstatuts vom 10. Februar 1899 und 8. Mai 1899 wurde in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung von 279 anwesenden Mitgliedern einstimmig folgender Antrag beschlossen:

1. Den Mitgliedern der Bäcker-Zwangsinnung zu Magdeburg ist bei der im § 10 obigen Statuts angeordneten Ordnungsstrafe für jeden Einzelfall resp. für jeden einzelnen Tag verboten, die Bewilligungsplakate des Verbandes der Bäcker, Konditoren und Berufsgenossen Deutschlands in ihren Geschäftsräumen, Läden oder Schaufenstern sichtbar auszuhängen oder an Händler abzugeben.
2. Die gleiche Ordnungsstrafe trifft solche Mitglieder, die ihre Gefellenkräfte anders als durch den Innungsnachweis beziehen. Bereits ausgehängte Plakate obiger Art sind sofort zu entfernen.

Der Vorstand. Wilh. Schulze, Obermeister.

Dieser „Befehl“ illustriert trefflich den Herrn-im-Hause-Standpunkt. Hier mischt man sich in weitgehendster Weise in die Angelegenheit des einzelnen ein, weil es in den reaktionären Kram paßt. Man muß sich eigentlich wundern, für wie naiv diese „Führer“ ihre Mitglieder halten. Doch wird man wohl auch hier das Gegenteil von dem erreichen, was man erreichen will.

Nach dem obigen Uas muß man annehmen, daß der Innungsvorstand das Statut sehr genau kennt. Da sollte er sich auch einmal des unterm 31. Oktober 1904 genehmigten ersten Statutennachtrages über das Behrungsweisen entfinden. Wir werden demnächst einmal eine Ehrentafel solcher Leute bringen, die unter Aufsicht des Innungsvorstandes fortwährend dagegen verstoßen.

Man sieht, die Herren können so und können auch anders. Der Streikleitung ist das nichts Neues, und sie ist noch auf mancherlei gerüstet. Das Publikum lernt aber immer besser erkennen, mit was für Leuten die Bäckergehilfen es zu tun haben und wird auch weiterhin durch Verweigerung der Kaufkraft die Proletarier der Backstube unterstützen.

### Beendigung des Kampfes in Frankfurt a. M.

Auf Einladung des Herrn Stadtrats Levin fanden am 30. April, vormittags, im Magistratsbüro Verhandlungen statt, die den Zweck verfolgten, den Frieden zwischen den in den Streit getretenen Bäckerarbeitern und der Bäckerinnung entgültig durch Aufhebung des Backwarenboykotts herbeizuführen.

Für die Innung waren anwesend die Herren Busch, Driffler und Pfeil. Als Vertreter der Bäckerarbeiter Kumeleit, für das Kartell Herr Dorfsch, für die sozialdemokratische Partei Herr Wittig.

Die Verhandlungen führten zu einer Verständigung, der die anwesenden Vertreter zustimmten, vorbehaltlich, daß die Versammlungen der Innung sowie der Bäckerarbeiter in ihren am Dienstag stattfindenden Versammlungen zustimmen. Die Vereinbarungen lauten:

1. Das Gewerkschaftskartell und die sozialdemokratische Partei erklären den Bäckerboykott sofort für aufgehoben und die bisher boykottierten Geschäfte und Backwaren für boykottfrei.

2. Die Bäckerinnung eröffnet sofort den Arbeitsnachweis wieder und veranlaßt ihre Mitglieder, daß die freien und frei werdenden Stellen durch infolge der Bewegung arbeitslos Gewordene besetzt werden. Bei der Besetzung werden möglichst in erster Linie Verheiratete berücksichtigt und sollen die Arbeitslosen möglichst in ihre alten Stellen wieder einrücken. Stellengesuche von auswärtig werden dahin beantwortet, daß der Bedarf durch hiesige Kräfte gedeckt sei.

3. Der Kampf ist durch die vorstehende Einigung erledigt. Die früheren Vorgänge dürfen von keiner Seite nachgetragen werden.

Die Versammlungen der Innung und der Bäckerarbeiter zu den Vereinbarungen sind inzwischen erfolgt und damit rechtskräftig geworden.

Für den Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Bezirk Frankfurt a. M.

J. A.: Joh. Kumeleit.

Für die sozialdemokratische Partei: G. Wittig.

Für das Gewerkschaftskartell: L. Dorfsch.

Am 3. Mai, vormittags, fand die Meisterversammlung und nachmittags die Bäckerarbeiterversammlung statt. Letztere war stark besucht. Gewerkschaftssekretär Dorfsch und Kollege Kumeleit gaben den Bericht über die gepflogenen Verhandlungen; anfänglich wollten die Kollegen den Versprechungen nicht recht trauen, da sehr oft solche Versprechungen nicht gehalten worden sind. Nach längerer Debatte, insbesondere die Erklärung des Genossen Dorfsch, daß, wenn die Innung ihr Versprechen nicht in vollem Umfang einlösen sollte, die Arbeiterschaft, nachdem sie in die Angelegenheit selbst direkt hineingezogen wurde, den Kampf mit doppelter Schärfe und länger noch größerem

**Erfolg aufnehmen würde, stimmten die Kollegen den Vereinbarungen zu.**

Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, daß der Kampf den Bäckern Opfern kostete, aber ihnen auch etwas Anstand beigebracht hatte; diesmal konnte die Aussprache sachlich geführt werden; ein Revolver war auch nicht zur Stelle. Auch auf Seiten der Gehilfen hat die Bewegung Opfer gekostet, aber der Kampf um den Ruhetag mußte aufgenommen, der Anfang mußte gemacht werden, und wenn er nicht so schwer gewesen wäre, würde der Erfolg kaum so geachtet werden, wie es jetzt der Fall ist. Ein Drittel der Betriebe hat doch kapitulieren müssen, trotz des Terrorismus der Innungsgewaltigen und des Arbeitgeberschutzverbandes; für mehr als ein Drittel der Kollegenschaft ist der Ruhetag alle 8, 10 oder 14 Tage dennoch erkämpft worden! Wenn die Kollegen sich dieses Teilerfolges auf die Dauer würdig zeigen und ihre Organisation weiter stärken, so werden bald weitere Erfolge auch in dieser Frage zu verzeichnen sein und wenn die Kollegen in den übrigen Städten dem Frankfurter Beispiele folgen und dieser Forderung gleichfalls ernstlich nachtreten, mit dem Bewußtsein, daß sie erkämpft werden muß, so wird die Frankfurter Bewegung noch reiche Früchte tragen.

**Tariffbewegung mit der Bäckereinnung von Groß-Otterleben und Umgegend (Vorort Magdeburg).** Vernünftiger und anständiger als ihre Schwesterinnung in Magdeburg geht obengenannte Innung in Verhandlungen mit der Organisation ein und sandte uns am 6. Mai nachstehenden Tarifentwurf zu, der allerdings einer Revidierung unsererseits bedarf. Zunächst das Anschreiben:

In die Lohnkommission des Bäckerverbandes!  
In der am 5. Mai abgehaltenen Innungsversammlung wurde über den uns übermittelten Tarif beraten und beschlossen, Ihnen so viel als möglich entgegenzukommen, wie Sie ja auch aus beiliegenden Vorschlägen ersehen, die hoffentlich Ihre Billigung finden werden.

Die Verhältnisse liegen hier auf dem Lande doch etwas anders als in Magdeburg.  
Großbetriebe und Arbeitsnachweis kommen bei uns nicht in Betracht, denn die haben wir hier nicht.

Hochachtungsvoll  
G. Duderstadt, Obermeister.

#### Tariffvorschlag der Innung.

1. **Kost und Logis.** Es bleibt den Gesellen überlassen, ob sie bei ihrem Meister in Kost und Logis bleiben wollen oder nicht. Gesellen, die Kost und Logis nicht beim Arbeitgeber haben, erhalten einen Lohnzuschlag von M. 10.

2. **Löhne.** Der Minimallohn beträgt M. 8 pro Woche, ohne Kost und Logis M. 18. Der Lohn gilt als Wochenlohn und ist Sonnabend abend oder Sonntag früh zu zahlen.

3. **Freinacht.** An den hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) ist jedem Gesellen in der Zeit vom ersten Feiertag, morgens 8 Uhr, bis zweiten Feiertag, abends 10 Uhr, eine Freinacht zu gewähren. Für diese Festtage oder für andere ohne Schuld des Gesellen arbeitsfreie Tage ist Lohnabzug nicht zulässig.

4. **Behrungsstala:** a) In Betrieben ohne Gesellen und in Betrieben mit einem Gesellen dürfen nicht mehr als zwei Behrlinge eingestellt werden; b) in Betrieben, die dauernd zwei Gesellen beschäftigen, können drei Behrlinge eingestellt werden; c) mehr als drei Behrlinge darf kein Meister halten.

5. **Schlussbestimmung:** Zur Ueberwachung dieser Bestimmungen und zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Kommission gewählt von drei Gesellen und drei Meistern; den Vorsitz führt der Obermeister.

Dieser Tarif tritt mit dem Tage der Unterschrift seitens der Parteien in Kraft und gilt bis 1. Mai 1912. Erfolgt spätestens zwei Monate vor Ablauf desselben von keiner Seite eine Kündigung, so läuft derselbe immer ein Jahr weiter.  
Bisher gewährte günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse als obiger Tarif bestimmt, dürfen nicht gekürzt werden.

In allen Bäckereien ist dieser Vertrag an deutlich sichtbarer, den Gesellen leicht zugänglicher Stelle im Arbeitsraum auszuhängen.

Wohl weiß der Tarifvorschlag der Innung einige Mängel auf, die aber jedenfalls durch die Verhandlungen zum Teil beseitigt werden. Fest steht aber, daß durch das Entgegenkommen der Innung der Kampf nicht solche Form annehmen wird wie in Magdeburg, die Bäckergehilfen von Ottersleben aber einen Schritt zur Verbesserung ihrer Lebenslage vorwärts kommen.

#### Aus dem Innungslager.

**Noch immer auf dem Streikbrecherfang.** Trotzdem schon vor Wochen von der Frankfurter Innung in die Welt hinausposaunt wurde, alle Stellen seien von Streikbrechern besetzt, werden uns jetzt noch aus dem Lande Mitteilungen gemacht, daß die Innung in Frankfurt a. M. ihre Netze nach dem Streikbrecherfang auswirft. Hier der Inhalt einer Postkarte, die uns auf den Redaktionstisch geflogen ist:

Frankfurter Bäcker-Innung.  
Herrn H. M., Augsburg.  
Kommen Sie sofort hierher; es sind noch gute Stellen offen, aber bei Ankunft dieser Karte gleich abfahren. Lassen Sie sich von keinem Menschen ausfragen, sagen Sie jedem, Sie wären Metzger oder Schreiner, aber niemals Bäcker oder ähnlich, sondern kommen Sie schnellstens nach Saalgaße Nr. 1 zum „Storch“.

Die Bäcker-Innung: F. Hölte, Sekretär.  
Wer ist Herr Hölte? Sekretär der Innung und Innungsfrankenliste, zu welcher auch die Gesellen ihre sauer verdienten Groschen bezahlen müssen, folglich auch zu seinem Unterhalt mit beisteuern. Wie lange wird die Aufsichtsbehörde noch zusehen, daß die Angestellten von Innungsfrankenlisten sich zu solchen „Nebenbeschäftigungen“ gebrauchen lassen dürfen?

**Der „vornehme“ Ton der Königshütter Bäckereinnung.** Es ist allgemein bekannt, daß die Innungsmeister große Gegner der gesetzlichen Bestimmungen sind, die den Arbeiter vor allzu großer Ausbeutung schützen wollen. Der Bäckereimeister Gärtner hatte nun das Unglück, einen Gesellen zu haben, der schlauer war als er, und der sich die ewige Ueberarbeit, die noch nicht einmal bezahlt wurde, aufzeichnete. Herr Gärtner mußte für Ueberarbeit M. 20

bezahlen, und da er den Gesellen sofort entließ, verurteilte ihn das Gewerbegericht noch zur Lohnzahlung für die gesetzliche Kündigungsfrist. In der nächsten Innungsversammlung soll Gärtner nun den Gesellen „Lump“ genannt haben, weswegen er sich vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Natürlich bestritt Gärtner, die beleidigende Äußerung getan zu haben. Von den zahlreichen Entlastungszeugen, deren Aussagen sehr unbestimmt waren, meinten einige, der Zwischenruf „Lump“ sei aus der Versammlung gefallen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte einer der Zeugen: „Derartige Redensarten sind unter Innungsmeistern nichts Seltenes, und werden nicht tragisch genommen!“

Ein anderer Zeuge bemerkte, daß, wenn über die „Gelben“ gesprochen wird, niemand hinzöre, sondern alles durcheinanderrede, weil für die Gelben kein Interesse sei. Obermeister Gottka dagegen sagte: „Es geht in den Versammlungen immer ruhig und anständig her (die Sitzungen, in denen es einen Nadau gibt, die fast zu Schlägereien führen, sind hier doch wohl nicht mit eingerechnet? D. B.), beleidigende Äußerungen würde er als Obermeister rügen.“ Sehr interessant war die Befundung des Obermeisters, daß diejenigen Gesellen, die den Meister wegen Ungefehllichkeiten anzeigen, in der Innungsversammlung genannt werden, und vor ihnen gewarnt, sie zu beschäftigen, seit Jahren in Übung sei.

Bäckereimeister Schwan, der jetzige Arbeitgeber des beleidigten Gesellen, befandete dem gegenüber, daß Gärtner die Äußerung „Lump“ bestimmt gesagt hat. Dabei blieb er, denn er hätte, da der Geselle bei ihm beschäftigt war, ein großes Interesse gehabt und genau auf jedes Wort geachtet.

Nachdem Gärtner dem Gericht noch erzählt hatte, daß er der Verfolgte der „sozialdemokratischen“ Blätter sei, daß er den Brüdern es aber ordentlich gegeben habe, wurde er, wie nicht anders zu erwarten war, freigesprochen.

Das Gericht war der Meinung, daß die Meister ein Recht haben, vor Gesellen zu warnen, die einen Meister wegen Gesetzesübertretung angezeigt haben. Daß Gärtner das Wort „Lump“ gebraucht habe, sei durch die widersprechenden Aussagen nicht mit Bestimmtheit festgestellt.

Nun weiß man wenigstens, was in den Innungsversammlungen getrieben wird und wozu sie da sind. Wenn die Herren aber glauben, durch derartige Dinge die Gesellen weiter über die ohnehin sehr lange gesetzliche Arbeitszeit auszubeten, dann haben sie sich geirrt. Die Organisation wird nun um so mehr ein wachsendes Auge darauf haben, daß Gesetzesberächter an den Pranger gestellt werden.

#### Achtung!

**Verbandstagsdelegierte und auswärtige Gäste** wollen sich zwecks Beforgung von Logis an das Bureau des Bäcker- und Konditorenverbandes,

Berlin, Engelufer 14/15, Zimmer 65,

wenden. Nähere Angaben über Straßenbahnbenutzung von den Bahnhöfen aus nach dem Empfangslokal usw. erfolgen in nächster Nummer der Fachzeitung.

#### Anzeigen.

### Brotgeschäft,

beste Gegend Gimsbüttele, 160 Morgenkuden, flottes Laden-geschäft, leicht zu führen, eine Lour Verdienst M. 80 bis 90 pro Woche, schöne Wohnung, part., preiswert zu verkaufen. [M. 3]  
Eschenhagen, Hamburg 30, Melborferstr. 12.

## Der praktische Konditor

von Konditor Karl Ritterhaus.

Preis geb. 15 Mark

Das Werk enthält: 1138 Rezepte, 375 Seiten Text, 80 meist fünf- bis zwölfwache Farbentafeln.

Für nur 3 Mark

monatliche Teilzahlung liefert die Buchhandlung E. H. Friedrich Reissner, Leipzig, Salomonstr. 10, sofort das vollständige Werk zu 16 Mark.

Dieses Buch ist das beste und praktischste und vor allem auch anwendbarste Werk, welches bisher auf dem Büchermarkt für die Konditoren erschien.

### Das anerkannt beste Feinbäcker- und Konditorbuch.

#### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

##### Sonntag, 15. Mai:

**Apolda:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Sersford:** Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Brüderstr. 10. — **Landshut:** Zum Goserbräu, Neustadt 444. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Schternstraße. — **Weiskensfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Mersburgerstr. 16.

##### Dienstag, 17. Mai:

**Zwickau:** Im „Brauereischloßchen“.

##### Mittwoch, 18. Mai:

**Gelsenkirchen:** 5 Uhr bei Jugenbag, Hochstr. 1. — **Hamburg-Altona** (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackerstr. 15. — **Leipzig** (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeigerstr. 32. — **Thale, a. Harz:** Zum Reichs-

kanzler, Hüttenchauffee. — **Wolfenbüttel:** 8½ Uhr „Zum blauen Engel“, Fischerstr. 17.

##### Donnerstag, 19. Mai:

**Chemnitz:** Im „Annengarten“, Annenstraße. — **Meß:** Im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. — **Pirmasens:** „Zur Traube“.

##### Freitag, 21. Mai:

**Obn a. Rhein** (Brotbäcker und Schokoladenarbeiter): 9 Uhr im Volkshaus. — **Siberfeld:** 8 Uhr im Volkshaus. — **Stettin** (Konditoren und Lagerbäcker): Bei A. Biptow, König-Albertstr. 43.

##### Sonntag, 22. Mai:

**Zeit (Bäcker):** 8 Uhr in Wundrats Restaurant, Leipzigerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von D. Altmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

#### Dankfagung.

Den Kollegen der Mainzer Konsumbäckerei spreche ich für die Teilnahme und Krampfspende anlässlich der Feuerbestattung meines Bruders meinen innigsten Dank aus.  
[M. 5] **Aug. Braun, Vertrauensmann, Meß.**

### Deutsch-Ost-Afrika. Bäckerei, Konditorei und Café.

Gesucht tüchtiger Bäcker und Konditor, möglichst verheiratet, zur Uebernahme. Erforderliches Betriebskapital M. 2000—3000, event. Unterstützung seitens des bisherigen Besitzers wird bewilligt. Das Unternehmen ist sehr gewinnbringend, zirka M. 12—16 000 pro anno, daher glänzende Existenz.

Gest. Angebote sub **H. B. 2388** befördert **Rudolf Mosse, Hamburg.** [M. 6]

Unserm Kollegen Hugo Gollhardt und seiner lieben Braut Friederike Rausch

die besten Glückwünsche  
:: zur Vermählung! ::

[M. 5] Die Konsumbäcker in Tambach.

Unserm Kollegen Paul Bleichert zu Calbe a. d. S. nebst seiner lieben Braut zu ihrer Pfingsten stattfindenden Verlobung die herzlichsten Glückwünsche!

[M. 1,50] Die Zahlstelle Schönebeck.

Unserm werten Kollegen Bruno Schäfer und seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung

die herzlichsten Glückwünsche!

[M. 2,10] Zahlstelle Breslau.

Unserm Kollegen Georg Brehm und seiner Braut Dora Müller

die besten Glück- und  
:: Gegenwünsche ::

zu ihrer Vermählung! [M. 3] Zahlstelle Hof.

#### Münnhener Bäcker und Konditorgehilfen

beden ihren Bedarf am besten bei  
**Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

#### Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

Hamburg, den 14. Mai 1910

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

#### Quittung.

Vom 2. bis 8. Mai gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für April: Zahlstelle Gießen M. 9,60, Biberach 20,40, Gln 356,90, Offen 246,60, Hannover 486,75, Deggendorf 21,80, Augsburg 108,30, Eisenach 43,80, Schweinfurt 40,40, München 2523,30, Dresden 2343,95, Breslau 277,65, Grimmitzschau 40,80, Friedberg 37,30, Würzburg 125,90, Meuselwitz 64,80, Bochum 65,75, Hilbesheim 20,60, Hamburg-Altona 3943,40.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. R. Kirchhain M. 4, L. D.-Göttingen 2, G. L.-Daehre 12.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Hamburg M. 10,30, Gln 10,30, Hannover 4,80, München 4,80, Meuselwitz 10,30, G. P.-Altona 7,50, D. L.-Sallgast 4,50, G. D.-Münster 10, G. S.-Hamburg 21, R. G.-Hamburg 3, G. P.-München 7, Zahlstelle München 22,60.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Zahlstelle Gln M. 22, München 38, Meuselwitz 2, Bochum 2, Hilbesheim 2.

er Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

### Heute ist der 20. Wochenbeitrag (15. bis 21. Mai) fällig.

#### Aus den Bezirken.

#### Adressenänderungen.

Düffelbors. Kassierer: Emil Körner, Extrathierstraße 62, 1. Et. Die Unterstützung wird von 5 bis 6 Uhr nachmittags ausbezahlt.

#### Aus der Konditorei-,

#### Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Den Streikbrechern in Christiania. Es wird uns zu der bekannten Angelegenheit noch geschrieben: Obwohl uns hier von der „Deutschen Konditor-Zeitung“, dem Organ des national-deutschen Verbandes, nichts bekannt ist, außer was wir durch unser Bruderorgan, die „Deutsche Bäcker- und Konditorzeitung“, erfahren haben, wollen wir nicht unterlassen, auf die Rechtfertigung der beiden auch-Kollegen Franz Lehmann und Otto Rehmann die gebührende Antwort zu geben und es dann jedem denkenden Kollegen überlassen, zu beurteilen, ob die beiden Streikbrecher genannt werden können oder nicht.

Die beiden gemäßigten Kollegen waren schon jahrelang in der Konditorei Melhorn beschäftigt und haben stets ihre Schuligkeit getan. Sie waren beide im Vorstand des schon seit Jahren bestehenden Konditor-Gehilfenvereins, und wir haben es ihnen in weitem Maße zu danken, daß der Verein sich dem Verbandsangehörigen und zwischen dem Gehilfen und dem Arbeitgeber ein Tarif zustande kam. Deshalb waren den beiden auch besondere Posten in der Verwaltung des Verbandes und der Zahlstelle anvertraut. Dieses hat aber dem Melhorn nicht gefallen, und nachdem die beiden acht bis zehn Jahre dem Meister gut gewesen, sind sie ihm plötzlich zuwider geworden und mußten heraus. Befragt, weshalb die beiden hinaus mußten, erklärte Herr Melhorn ausdrücklich, er wolle keine organisierten Gehilfen mehr beschäftigen; die Vertreter unseres Verbandes hat er beschimpft, den Tarif von der Wand heruntergerissen und mit Füßen getreten. Den übrigen beiden Gehilfen mußte er zu, aus dem Verbandsverbande auszutreten oder sein Geschäft zu verlassen; den Lehrling, der ebenfalls organisiert ist, wollte er nicht auslernen lassen, wenn er nicht aus dem Verbandsverbande austreten würde.

So und nicht anders ist der Sachverhalt. Nimmt es jetzt die Kollegen wunder, wenn die zwei anderen Gehilfen sich solidarisch erklärten und den Betrieb verließen? Auch der Lehrling tat es. Nimmt es wunder, daß unser Verband den Betrieb boykottierte? Und da kamen die zwei Klausreißer, beide Mitglieder des national-deutschen Konditor-Gehilfenverbandes, und nahmen die Plätze bei Melhorn ein. Unsere Verwaltung erzählte ihnen den Sachverhalt, bot ihnen Reisevergütung nach Hamburg und zwei Wochen Lohnentschädigung an, wenn sie gleich wieder abfahren wollten. Aber die beiden Herren lehnten das Anerbieten unter verschiedenen nichtssagenden Gründen ab und unterschrieben noch einen Kontrakt, wonach sie keinem Verband angehören dürfen. Die Herren haben außerdem noch drei ihrer Bandknechte, die in Christiania waren, veranlaßt, ebenfalls Klausreißerdienste zu leisten.

Ob man solche Leute Streikbrecher nennen darf, oder welche Namen ihnen zukommen, überlassen wir den Kollegen, zu beurteilen.

In der Englischen Kaffee-Fabrik auf dem Grassbrook in Hamburg waren die Arbeiter und Arbeiterinnen schon seit Jahren zum größten Teil treue Mitglieder unseres Verbandes und infolgedessen hatten sie auch stets etwas bessere Arbeitsbedingungen als die Kollegen gleichartiger Betriebe am Orte. Auch die neunstündige Arbeitszeit hatten sie errungen. Gegenwärtig gelang es ihnen, nochmals recht annehmbare Verbesserungen durch friedliche Verhandlungen mit der Direktion durchzusetzen. Sie hatten die Organisation im Betriebe vollständig ausgebaut und gingen nun daran, für die Arbeiterinnen — auch für die in den Lagerräumen — eine Erhöhung der Grundlöhne zu fordern und ebenso eine Neuregelung der Arbeitslöhne herbeizuführen. Das wurde erreicht. Der Herr Direktor hatte anfänglich zwar wenig Lust zu weiterem Entgegenkommen, überlegte sich die Sache aber doch und ließ es nicht zu einem Konflikt mit der meist schon lange Jahre im Betriebe stehenden

Arbeiter-Schaft kommen. Die Arbeiterinnen erhalten nunmehr Stundenlöhne von 22 bis 24  $\mathcal{M}$ , was zum Teil einer Zulage von 30 pZt. entspricht, und die Bäcker jetzt bis zu 60  $\mathcal{M}$  Stundenlohn.

Merkwürdig, daß so viele unserer Kollegen und Kolleginnen den Wert der Organisation nicht einsehen wollen. Dieselbe Firma hat in Hamburg noch einen gleichartigen Betrieb, wo die Arbeiter-Schaft zum größten Teil in altgewohnter Gleichgültigkeit dahinfließt und sich um die Vertretung ihrer Interessen nicht kümmert. Und die Folge? Ihre Arbeitsverhältnisse halten keinen Vergleich mit den oben angeführten aus und stehen zum Teil noch unter dem allgemeinen Hamburger Durchschnitt!

### Stimmen zum Verbandstage.

Der diesjährige Verbandstag tritt hinsichtlich seiner Bedeutung gegenüber seinen Vorgängern namentlich infolge zweier Momente hervor: erstens fällt er, wie hinlänglich bekannt, in das 25. Jahr der Existenz des Verbandes, und zweitens wird er Aufgaben lösen müssen, die einer völligen Reorganisation des Verbandes ziemlich nahe kommen; denn nichts anderes sieht die Statutenvorlage des Vorstandes vor, als die Schaffung völlig neuer Einrichtungen. Und wer von der Notwendigkeit dessen, insbesondere seit zwei bis drei Jahren, überzeugt ist, der wird nur wünschen, daß der Verbandstag hier ganze und gute Arbeit liefern möchte.

Nach der gegenwärtigen Zusammensetzung der Organisation muß man schon sagen: die Leistungen an die Organisation müssen neu geregelt werden. Der, dank der Organisation, schon besser gestellte Kollege muß mehr leisten, als derjenige, der zwar durch Wille und Tat bedundet, aus dem Elend herauszukommen, was ihm aber durch die bekannten Umstände noch nicht möglich geworden ist. Schon allein also diese Gerechtigkeitsgründe sprechen für die Abänderung der Beitragsform, wenn wir von den weit wichtigeren Gründen der Agitation überhaupt absehen wollen.

Im übrigen, glaube ich, wird es nicht allzu viele Mitglieder geben, die nicht davon überzeugt sind, daß eine durchgreifende Aenderung in unseren Verbandseinrichtungen geschehen muß, nur über die Frage, wie die Neugestaltung der Dinge geschehen soll, scheinen die Meinungen noch ziemlich auseinanderzugehen. Bei den Betrachtungen über die neue Beitragsform, wie sie vom Hauptvorstande vorgelegt ist — offen gestanden bin ich der Ansicht, daß erheblich bessere Vorschläge nicht folgen werden —, treten in der Hauptsache zwei Richtungen in die Erscheinung, wenn wir von der einen Richtung, die die Staffelung der Beiträge überhaupt verwirft, gänzlich absehen wollen. Während eine der beiden Richtungen nun die ganze Beitragsreformfrage vom Standpunkte des Kaufmanns aus betrachtet, indem sie die Frage stellt, ob denn auch die Unterstützungen erhöht resp. verbessert werden sollen, wenn die Hauptkasse einige Pfennige mehr Beitrag erhält, steht die andere Richtung auf dem Standpunkt der Kräftigung des Verbandes, der Stärkung seiner Kampfeinrichtungen und der zweckmäßigeren Gestaltung der Agitation.

Untersuchen wir also die Gründe bezw. die Argumente, mit denen zunächst die Anhänger der ersten Richtung operieren. Da wird hauptsächlich die Behauptung aufgestellt, daß die Hauptkasse viel mehr nehmen als geben will, mit einem Wort: die Unterstützungen sollen höher gestellt werden. Dieses Argument hat zunächst, insbesondere wenn man einen nur flüchtigen Blick auf den Vorschlag des Hauptvorstandes wirft, etwas für sich. Geht man aber der Sache näher, hauptsächlich aber mittels Zahlen — denn nur Zahlen beweisen — auf den Grund, so wird man sehr bald, wenn auch nicht gerade vom Gegenteil überzeugt, so doch zum mindesten gewahr, daß der Profit, den angeblich die Hauptkasse auf Kosten der Unterstützungs-einrichtungen machen will, ein ganz minimaler ist. Ja, ich fürchte sogar, daß letzten Endes bei der ganzen Verbands-Finanzreform für die Zwecke des Kampfes noch zu wenig abfallen wird.

Untersuchen wir also kurz, indem wir die vorgeschlagenen Unterstützungsätze in Vergleich zu den jetzt festgesetzten stellen, wobei selbstverständlich nur der Prozentsatz der Statutenmäßigkeit zu gewährenden Unterstützung in Betracht kommen kann.

Zurzeit beträgt der Grund- und Einheitsbeitrag  $\mathcal{M}$  26 pro Jahr und die Unterstützungsätze sind festgesetzt auf:

M. 42,—	= 161,7 pZt. nach einjähriger Mitgliedschaft
" 42,—	= 161,7 " " zweijähriger "
" 50,40	= 194,3 " " dreijähriger "
" 50,40	= 194,3 " " vierjähriger "
" 63,—	= 217,4 " " fünfjähriger "

Deutlicher gesagt: nach einjähriger Mitgliedschaft kann das Mitglied pro  $\mathcal{M}$  1 bezahlten Beitrag  $\mathcal{M}$  1,61 Unterstützung im Jahr beanspruchen, usw.

Nach der Statutenvorlage sollen wir nun in Zukunft fünf Beitragsklassen, variierend zwischen  $\mathcal{M}$  13 und  $\mathcal{M}$  39 pro Jahr, bekommen. Die durchschnittliche Summe des Beitrages der fünf Klassen beträgt jedoch keinen Pfennig mehr und keinen weniger gegen früher bezw. jetzt, denn die Hauptkasse wird vom Durchschnittsmitglied ebenfalls nur  $\mathcal{M}$  26 pro Jahr erhalten.

Die durchschnittlichen Unterstützungsätze — berechnet nach den fünf Unterstützungs-klassen — sollen nun betragen pro Jahr:

M. 35,—	= 134,6 pZt. nach einjähriger Mitgliedschaft
" 40,—	= 154,0 " " zweijähriger "
" 45,—	= 173,5 " " dreijähriger "
" 50,—	= 192,3 " " vierjähriger "
" 60,—	= 232,5 " " fünfjähriger "

Das also ist das Resultat unserer Untersuchung und mit Hilfe dessen wollen wir nun prüfen, ob jene recht haben, die da sagen, daß die Hauptkasse mehr nehmen will und weniger geben.

Wie wir schon vorher gesehen haben, beträgt der künftige Durchschnittsbeitrag  $\mathcal{M}$  26 pro Jahr, genau soviel, wie der jetzige Grundbeitrag. Eine Beitrags-erhöhung bedeutet also die Beitragsreform auf keinen Fall; von einer Erhöhung der Einkünfte der Hauptkasse könnte nur dann die Rede sein, wenn etwa die Gruppierung der einzelnen Beitragsklassen so ausfallen würde, daß die Mehrzahl der Mitglieder in die höheren Beitragsklassen sich gliedert, was aber wohl nicht der Fall sein wird. Eher dürfte das Gegenteil eintreffen, d. h. die Mehrzahl der Mitglieder wird sich in Beitragsklassen bis zu 50  $\mathcal{M}$  pro Woche gliedern.

Und wie steht es mit dem Einwand, der besagt, daß die Hauptkasse „weniger geben will“? Sehen wir, ehe wir uns darauf die Antwort geben, obige Aufstellung einmal näher an, so finden wir, daß dieser Einwand zwar zutrifft, aber nur in ganz geringem Maße. Vor allem tritt die Unterstützungs-kürzung in die Erscheinung bei den sogenannten „Einjährigen“, d. h. bei Mitgliedern, die dem Verbandsverbande erst ein Jahr angehören. Das Minimum beträgt im Durchschnitt der fünf Klassen gegenüber den jetzigen Sätzen im ersten Bezugsjahr rund 25 pZt., im zweiten Jahr nur mehr 7 pZt., im dritten Jahr 17 pZt., im vierten Jahr wieder nur 2 pZt., während im fünften Jahr sogar eine Steigerung in Höhe von 15 pZt. eintritt. Eine Kürzung der Unterstützungsätze findet also statt; erscheint diese aber schon auf den ersten Blick ziemlich minimal, so steht demgegenüber die sehr nahe liegende Wahrscheinlichkeit, daß die Mehrzahl der Mitglieder sich in die niederen Beitrags-klassen gruppieren kann. Die Folge davon wäre nun, daß sich die Einkünfte des Verbandes verminderten, und da andererseits aber mit Bestimmtheit von Jahr zu Jahr mehr Mitglieder in die fünfte Jahresklasse aufzuden, in der sogar eine Erhöhung der Unterstützung stattfinden soll, wodurch das Risiko des Verbandes resp. das Unterstützungs-konto steigt, so ist nach alledem die Befürchtung am Platze, daß die geplante Art der Finanzierung des Verbandes ebenso gut ein Fehlschritt sein kann, als eine glückliche Spekulation. Es entsteht nun die Frage: Ist die Vorlage des Hauptvorstandes als zweckmäßig und gerecht zu bezeichnen? Ich sage: ja. Mit Bezug auf die Beiträge glaube ich meine Ansicht in der gestellten Frage schon dargelegt zu haben und in Bezug auf die Unterstützungen nur noch einige Worte. In erster Linie kommt die Vorlage in der Gewährung von Unterstützung den älteren, d. h. länger dem Verbandsverbande angehörenden Mitgliedern entgegen. Dies bedeutet nicht allein eine Prämie für treues Festhalten an der Organisation, sondern es wird sich hierdurch auch das Interesse der Mitglieder am Verbandsverbande von Jahr zu Jahr steigern, also ein organisatorisches Bindemittel würde dadurch geschaffen. Außerdem kommt in Betracht, daß an Stelle der Erhöhung der Tagesgelde eine Verlängerung der Bezugsdauer treten würde, was gerade für ältere Kollegen, bei denen sowohl Krankheiten wie insbesondere die Arbeitslosigkeit länger anhalten, von großem Vorteil ist.

Bezüglich der Kürzung der Unterstützung bei den „Einjährigen“ insbesondere verweise ich nur auf die Statistik über die Verbandszugehörigkeit der Unterstützungs-bezieher, denn was darüber zu sagen wäre, ergibt sich dort für jeden von selbst. Alle diejenigen, die wissen, wie oft aus finanziellen, also aus Sparamtsgründen, in der Agitation, im Ausbau der Organisation, ja selbst im Kampfe um unsere Forderungen, das Notwendigste unterbleiben muß, während andererseits jedoch ohne weiteres, ohne irgend welche Feilscherei, kolossale Beträge fließen müssen, oft nicht aus Notwendigkeit, sondern nur weil es im Statut steht, die werden hiermit ohne weiteres einverstanden sein. Uebrigens bedeutet die Kürzung, was hauptsächlich für die 50- $\mathcal{M}$ -Beitragsklasse in Betracht kommt, schon deshalb nicht viel, weil speziell in dieser Klasse eine Kürzung der Tagesgelde nicht stattfindet. Lediglich die Bezugsdauer wird im ersten Jahre um sieben Tage verkürzt, was aber, da in dieser Klasse namentlich jüngere Kollegen, die nicht so lange arbeitslos zu liegen brauchen, nicht so sehr ins Gewicht fällt. Zudem tritt ja schon im zweiten Bezugsjahr eine Verlängerung der Bezugsdauer ein, so daß die Differenz dann nur zwei Tage beträgt.

Resumee: Die Staffelung der Beiträge muß durchgeführt werden, hingegen kann eine Erhöhung der Unterstützungsätze auf keinen Fall erfolgen. Dies könnte nur dann geschehen, wenn eine Erhöhung der vorgeschlagenen Beiträge mit in Kauf genommen würde. Hieron ist aber aus agitatorischen Gründen entschieden abzuraten, so daß sich nach alledem die Annahme der Vorstandsvorlage empfiehlt.

Einige Worte noch zum Schluß über die Pläne des Hauptvorstandes, die Lokalbeiträge der Mitgliedschaften ganz zu schleifen. Dem könnte man nur zustimmen, wenn — ja, wenn man sie entbehren könnte. Ausicht dafür wäre vorhanden, wenn z. B. den Orts- bzw. Bezirksklassen 20 pZt. der Einnahme aus Beiträgen belassen würde. Dies ist jedoch nach der Vorlage nicht der Fall; lediglich von den Beiträgen à 25  $\mathcal{M}$  und à 75  $\mathcal{M}$  verbleiben 20 pZt. am Orte, im Durchschnitt der fünf Klassen sind es doch nur 15,8 pZt., was nach Aufhebung der Lokalbeiträge aber zu wenig sein dürfte. Würden also 20 pZt. der Ortsklasse verbleiben, was auch schon im verwaltungstechnischen Sinne — 20 pZt. sind genau der fünfte Teil der Einnahmen aus Beiträgen — zu begrüßen wäre, und würden sich die Bezirksmitgliedschaften zur Mittragung der Agitations- und Bezirksverwaltungs-kosten — Bureaukosten zc. — entschließen, dann wären besonders die Vorortmitgliedschaften der Bezirke entlastet, die ja fast ausschließlich allein die Lokalbeiträge bezahlen.

Ich schließe nun, und zwar mit einem Wunsche: Möchten die Delegierten des Verbandstages gerade bei Erledigung dieses Punktes sich nur von Rücksichten auf das große Ganze und nicht von örtlichen Stimmungen leiten lassen!

Josef Dietrich, Gln-Mingst.

— Die Aeußerung des Kollegen k. n., Hamburg, in Nr. 18 unseres Organs, daß Erörterungen der Mitglieder

über die Einführung von Staffelbeiträgen noch sehr wenig in Erscheinung getreten sind und den meisten Kollegen die Wichtigkeit derselben noch nicht recht klar ist, war sehr an Platz, und kann ich nur voll und ganz dem beistimmen. Am auffälligsten erscheint jedoch, daß bisher wenige Vorsitzende größerer Zahlstellen direkt Stellung dazu nehmen. Wenn man vom richtigen Standpunkte ausgeht, so ist es doch wohl mindestens das „gute Recht“ des Vorsitzenden der Mitgliedschaft, daß er, ehe die Delegierten Beschlüsse fassen, der so wichtigen Aenderung der Beiträge usw. näher tritt. Schon aus wirtschaftlichem Interesse wäre das, meiner Meinung nach, von Bedeutung, daß Vorsitzende von Zahlstellen, die doch für das pekuniäre Wohl derselben unbedingt einzutreten haben, nicht bei der Angelegenheit sich passiv verhalten. Daß durch Einführung kleinerer Beiträge resp. Veränderung der Unterstützungsform sich nicht nur die örtliche, sondern die allgemeine Agitation bedeutend fördern läßt, kann wohl keineswegs bestritten werden. Recht originell ist die Auffassung des Kollegen C. B., Chemnitz, der hier die „Gelben“ als Vergleich hinstellt. Daß diese Clique sich nie zu einer starken Mitgliederzahl aufschwingen wird, ist doch schon genügend festgestellt, und das würde auch dann noch nicht eintreten, wenn ihre Mitglieder beitragsfrei wären, weil von allen Seiten der noblen Führer der Garbe bis heute noch keinerlei Erfolge zu verzeichnen sind. Mit vollem Recht fordert Kollege h. n., Hamburg, mehr Selbständigkeit der Zahlstellen. Ueber pekuniäre örtliche Verhältnisse einer Zahlstelle soll man dem Vorsitzenden derselben mehr als bisher selbständiges Verwaltungs- und Bestimmungsrecht einräumen, denn auch dadurch fassen die Mitglieder größeres Vertrauen zu demselben. Auch in jeder Weise gerechtfertigt ist die Angabe des Kollegen h. n., Hamburg, daß durch Anschluß an unsern Verband die Suche der Streikbrecher bedeutend ins Fallen gerät; schon aus Schamgefühl, von wirklich überzeugten Kollegen zu reden. Darüber, daß gemäß der Beitragsstaffelung auch die Unterstützung gleichen Schritt halten muß, bin ich der Ueberzeugung, daß man den Delegierten sowie dem Hauptvorstand zumuten darf, in dieser neuen Einrichtung das Allgemeinwohl als Schema anzunehmen. Es wäre erwünscht, daß andere Zahlstellen auch hierüber diskutieren; jedenfalls könnte das der Allgemeinheit nicht zum Schaden gereichen.

Richard Schönfeld, Brandenburg a. d. S.

Die Staffelbeitragsfrage haben die bisherigen Artikelschreiber genügend erörtert, jedoch möchte ich noch hinzufügen, daß es geradezu naturgemäß ist, die niedrigste Beitragsklasse von 40 M auf 30 M herabzusetzen, die höchste Beitragsklasse hingegen auf 60 M zu normieren. Es trifft vollauf zu, wie Kollege Crull-Düsseldorf anführte, daß unser Augenmerk in erster Linie darauf zu richten ist, die Massen heranzuziehen, damit der Organisationsgeist in jedem Kollegen Platz greifen kann; alsdann werden auch Schritte unternommen werden können, welche zur vollkommenen Ausbannung unserer Gewerkschaft führen. In Schlessen sowie in der Lausitz reicht doch der trinkgelähnliche „Wochenlohn“ kaum zur Bestreitung der allererstenbedürftigen Lebensbedürfnisse.

Vor allen Dingen ist es Pflicht des Verbandstages, den Maßregelungsparagraphen einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen. In der jetzigen Fassung resp. Handhabung wird er nicht bloß jüngeren Kollegen zur Utopie, sondern auch ältere Kollegen werden dadurch geradezu irreführt. In vielen Orten, in denen die Berufsorganisation noch in den Kinderschuhen steckt, werden die Kollegen von den reaktionären Arbeitgeberern durch allerlei Schliche und Ränke aus dem Beruf hinausgebrängt; aber damit noch nicht zufrieden, wissen diese „nächstenliebenden“ Herren es zu verhindern, daß unsere drangsalirten Kollegen in andern Berufen Beschäftigung finden. Solche für „vogelfrei“ erklärte Kollegen werden in andern Gewerkschaften unbedingt als gemäßigter angesehen und auch demgemäß behandelt.

Nicht so in unserer Gewerkschaft. (Der Einsender stellt zu dieser unzutreffenden Behauptung noch eine weitere auf, welche wir nur bringen werden, wenn er gleichzeitig hierfür Beweise anführt! Die Redaktion.) In der bisherigen Form kann der Maßregelungsparagraph nicht bestehen bleiben, soll er andernfalls nicht als Larifari der gemäßigten Kollegen angesehen werden.

Fernerhin ist es an der Zeit, den in Brotfabriken beschäftigten Kollegen eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Bereits auf dem Mainzer Verbandstage 1910 ist jener Berufsgruppe Beachtung dadurch angedeihen, daß man beantragte, bei Tarifabschlüssen darauf zu sehen, daß die Arbeitszeit in Bäckereien mit Handbetrieb höchstens täglich zwölf Stunden inklusive zwei Stunden Pausen beträgt. Dieses war schon die Bestrebung von nahezu einem Jahrzehnt. Heute ist man frapier, denn man findet noch Betriebe, wo die Kollegen bei zwölfstündiger Arbeitszeit die allererstenbedürftige Nahrung förmlich im Sprünge zu sich nehmen müssen.

Im Punkte Hygiene und sanitäre Zustände hält man vergeblich Ausschau in den meisten Betrieben. Die Folgen dieser von den Brotfabrikanten in ribolster Weise aufs mörderlichste ausgewerkten Kollegen ist frühes Siedeln und eine übergroße Verelendung der Massen. Möge der Verbandstag Remedur schaffen! Erforderlich ist, daß in diesem Jahre die mit einigen Brotfabrikanten abgeschlossenen Tarife Besserung bringen. Angeht es dieser angeführten Tatsachen wird jeder fortschrittlich denkende es begrüßen, daß zur Erleichterung der Produktionsweise immer mehr Maschinen zur Anwendung kommen. Aber die Rehrseite dieser Medaille weist leider oft noch ein anderes Bild auf durch die Weise, wie jetzt die Maschinen in Anwendung kommen. Auch in Genossenschaftsbetrieben kann die maschinelle Einrichtung zum erdrückenden Fluche werden und jeder logisch denkende wird kapieren, daß die in solch rationell arbeitenden Betrieben beschäftigten Kollegen nicht nur körperlich ruiniert, sondern auch geistig zerrüttet, ja die so viel Benedikten willenlos zur Maschine degradiert werden können. Unsere Organisationsvertreter sollten es als ihre hehrste Aufgabe betrachten, vorbandenen Uebelständen entgegenzusteuern, die nur ein Gemisch unserer Organisation sind.

Die Jahresabschlüsse der Konsumvereine weisen doch stets ganz erhellende Uebersichten auf, auch da, wo die Betriebe noch nicht so rationell ausgestattet sind. Es ist darum moralische Verpflichtung der Genossenschaften, da, wo durch Verbesserung des Maschinensystems einerseits die Zahl der Arbeiter reduziert wird, andererseits aber die mit den Maschinen im innigsten Kontakt stehenden Arbeiter aufs intensivste ausgemerzt werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Geschieht dies nicht, dann mißkreditieren die Genossenschaften die moderne Arbeiterbewegung.

Ebenso ist der Arbeitsnachweis ein Schmerzenskind der Organisation. Auch Genossenschaften sind oft, wenn sie auch den Arbeitsnachweis nicht als Staffage betrachten, sehr anspruchsvolle Reflektanten. Ein Privatunternehmer sollte sich solche Maßnahmen, Auswahl zu treffen unter den Kandidaten, erlauben! Da wäre gewiß der Teufel los. (?) Diese Arbeiterinstitute sollten ein Fort für die in der Organisation tätigen Kollegen sein, ein Unterschlupf für jene, welche als Opfer der Arbeiterbewegung fielen. Manche Verwaltung renommiert oberdrein wohl als tariftreuer Betrieb, doch die Arbeitsvermittlung wird gräßlich umgangen. Da findet man Elemente im Betriebe, welche keinen Dunst von der modernen Arbeiterbewegung haben und sich erst kurz vor oder nach der Einstellung organisieren. Gute Weibern und Schwäger halten eben zusammen, weniggleich auch die Bedürftigen am Hungertuche zagen. Haben solche Verwaltungen vor unserer Gewerkschaft nicht mehr Respekt, daß eine berartige Kritik erst geführt werden muß, damit endlich einmal eine Aenderung eintritt? Allen kulturell rückständigen Unternehmern müssen die Zähne gezeigt werden.

Den Verbandsauschuß von einem besolobten Kollegen verwalten zu lassen, halte ich für verfehlt. Obwohl ich nicht pessimistisch veranlagt bin, neige ich und auch viele Kollegentreise zu der Ansicht, daß ein Beamter ein solches Amt nicht unparteiisch verwaltet. Beispiele zwingen mich zu solcher Anschauung.

Auch ist die Anstellungsfrage gestreift. Den Einländern muß ich unbedingt beipflichten und hinzufügen, daß der Hauptvorstand taktisch klüger handelte, erst die Ortsverhältnisse zu studieren, bevor rigoros ein Kollege abgesetzt wird, der nach jeder Richtung hin seine Schuldigkeit getan hat. Der Breslauer Vorgang zeigt, aus wela kleinlichen Gründen die Maßnahmen getroffen werden. Zum Schluß ein Wort zur Fachpresse.

Es ist schon richtig angeführt worden, die Versammlungsberichte zu kürzen oder ihnen eine andere Form zu geben. Gibt man, wie zum Beispiel Dresden, monatlich Generalberichte heraus, dann wäre dieser Kalamität abgeholfen. Rechtsfragen öfters zu behandeln, kann nicht warm genug empfohlen werden. So mancher Kollege wird durch die Eigenartigkeit der Verhältnisse in entlegene Gegenden verschlagen und büßt durch Unzufriedenheit Lohn und zustehende Rechte ein. Vom Kasseler Verbandstage aus wurde mir noch versichert, die satirischen Abhandlungen unterm Strich werden beibehalten; doch enttäuscht ist man worden. Seit der Verschmelzung ist es eigentlich notwendig, den Kolleginnen neben den ernstlichen Abhandlungen der Leitartikel usw. auch hin und wieder einige „Humorbüchlein“ vorzusetzen.

Mögen diese von praktischer Erfahrung getragenen Ausführungen Anklang bei den Delegierten finden! Trägt man — bescheiden wie ich bin — den ersten Punkten vollauf Rechnung, dann wird auch die Zeit der Befreiung für die Backstudenproletarier vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung nicht mehr fern sein. Dieser Verbandstag wird dann auch ein gewaltiger Markstein sein in der modernen Arbeiterbewegung.

Germaun Müller, Dresden.

## Was die Herrenhaus-Junker aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben.

Am 29. April hat das preußische Herrenhaus seine Beratungen über die Wahlrechtsvorlage beendet. Seine Beschlüsse sind so reaktionär, daß selbst der schwarze Blochbruder der konservativen Junker des Abgeordnetenhauses sich dafür bedanken muß, ihnen zuzustimmen. Es ist der Überwitz einer Hölflingsclique, der in ihnen zum Ausdruck gelangt. Inbes wird durch diese Beschlüsse das Zustandekommen des Wahlrechtsgesetzes überhaupt in Frage gestellt, so daß man dem Herrenhaus zu seiner Totengräberarbeit beinahe gratulieren darf. Da seine Beschlüsse von denen des Abgeordnetenhauses abweichen, so geht die Vorlage nach einer binnen drei Wochen im Herrenhause wiederholten Abstimmung an das Abgeordnetenhause zurück, das zu dem Wahlrechtsprodukt von neuem Stellung nehmen muß. Stimmt es den Herrenhausbeschlüssen zu, was indes kaum zu erwarten ist, dann kann das Gesetz bis Ende Juni erledigt sein, ebenso, wenn es die ganze Vorlage ablehnt. Beschränkt sich das Abgeordnetenhause auf einzelne Abänderungen oder auf Wiederherstellung früher gefaßter Beschlüsse, so beginnt das parlamentarische Fingerringspiel von vorn. Jedenfalls darf die Zeit bis zu den Entscheidungen nicht ungenutzt verstreichen, sondern die Wahlrechtsbewegung des entrechteten Volkes muß von neuem mit voller Kraft einsehen, um zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz werde.

Die Kommission des Herrenhauses hatte vier erhebliche Abänderungen des Abgeordnetenhausentwurfes beschlossen, die Einführung eines sogenannten Kulturträgerparagraphen und eine weitergehende Drittelung für größere Stimmbezirke. Als Kulturträger sollten Mitglieder des Reichstags, des preußischen Landtags, aller möglichen Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtbehörden sowie Mitglieder öffentlicher Kammern in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken. Die Drittelungsbezirke sollten in Orten von 10- bis 20 000 Einwohnern auf 1749 bis 3499 Einwohner, in größeren Gemeinden auf 3500 bis 5249 Einwohner bemessen werden. Endlich wurde die Maximierung der Steuerleistung von M 10 000 bezw. M 5000 auf M 6000 bezw. M 3000 ermäßigt, die aber nur für Staatseinkommensteuer gilt und alle kommunalen Steuerzuschläge sowie sonstige Steuern unberücksichtigt läßt, und die allgemeine Zulassung der Terminswahlen beschlossen. Abgelehnt hatte die Kommission schließlich den Antrag, daß nur eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages eine Abänderung des Wahlgesetzes beschließen könnte.

Für die Plenarberatung des Herrenhauses hatte der Abgeordnete Dr. v. Schorlemer (R.) einen noch weitergehenden Drittelungsantrag eingebracht, wonach Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern einen einzigen Drittelungsbezirk, Gemeinden über 10 000 bis 30 000 Einwohner zwei Drittelungsbezirke bilden und in größeren Gemeinden für je bis zu 20 000 Einwohnern ein neuer Drittelungsbezirk gebildet werden sollte. Dieser Antrag bezweckte, den Freikonserwativen und einem Teil der Nationalliberalen die Zustimmung zu dem Wahlgesetzentwurf zu erleichtern, für welche die Drittelungsbeschlüsse der blauschwarzen Mehrheit des Abgeordnetenhauses unannehmbar waren. Für den Antrag v. Schorlemer trat auch der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg nachdrücklich ein, und derselbe ward denn auch fast einstimmig angenommen, obwohl der Zentrumsredner, Graf Oppersdorf, vor der Annahme dieses Antrages, der nichts anderes als

eine Ausschaltung des Zentrums und eine Aufhebung der jetzigen Parteikonstellation im Abgeordnetenhause sei, warnte mit dem deutlichen Hinweis, daß dann „ein großer Aufwand von Arbeit und Mühe vertan sei“. Der Kulturträgerparagraph wurde durch Annahme eines Antrages v. Wedel-Piesdorf erweitert, der die Rektoren öffentlicher mehrklassiger Schulen, die im Amt sind oder mindestens zehn Jahre lang im Amt waren, in die nächsthöhere Wählerklasse emporhebt. Im übrigen blieben die Kommissionsbeschlüsse unverändert. Mit 104 gegen 94 Stimmen (das Herrenhaus zählt zurzeit 317 Mitglieder) wurde schließlich die ganze Vorlage angenommen.

Die Beschlüsse des Herrenhauses haben die Situation völlig verändert. Die Parteikonstellation des Abgeordnetenhauses ist erschüttert und eine neue Mehrheitsbildung unter Ausschaltung des Zentrums nahegebracht. Nicht vom Zentrum mehr hängt es ab, ob die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird oder nicht, sondern von den Konservativen, denen die Freikonserwativen jetzt sicher sind und die nur weniger liberaler Abgeordneter zur Mehrheitsbildung bedürfen. Die Konservativen haben sich zu entscheiden, ob sie einen neuen allkonserwativenationalliberalen Block bilden, also dem Zentrum die Bundesgenossenschaft aufkündigen — oder ob sie letzterem Treue halten wollen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Majoritäten. Halten sie an ihren früheren Beschlüssen fest, so stellt ihnen das Zentrum eine sichere und größere Majorität; akzeptieren sie die Beschlüsse des Herrenhauses, die ihren reaktionären Wünschen sicherlich weit mehr entsprechen, so kommt zur Not eine knappe Mehrheit mit den Gegnern des Zentrums zustande.

Ausgeschlossen dürfte wohl sein, was die Regierung herbeiwünscht, auf Grund der Herrenhausbeschlüsse einen konservativ-ultramontan-liberalen Großblock zu schaffen, der dem neuen Wahlgesetz eine ansehnliche Mehrheit verbürgt; denn gerade der Drittelungsbeschluss des Herrenhauses scheidet Zentrum und Liberalismus wie Feuer und Wasser. Was des einen Brot ist, ist des andern Tod! Die Zentrumspresse hat sich bereits beeilt, die Herrenhausbeschlüsse als „unannehmbar“ zu kennzeichnen und jede Verantwortung für das weitere Schicksal der Vorlage abzulehnen. Das Zentrum hat auch alle Ursache, sich jetzt, da es bei dem Wahlrechtsgesetz seinen Vorteil nicht mehr findet, zurückzuziehen und die Verantwortung anderen zu überlassen. Es hat durch seinen schmählichen Wahlrechtschacher die Entrüstung der Wählerschaft bereits mehr herausgefordert, als es verantworten kann und tut gut, sich rechtzeitig nach einem andern Sündenbock umzusehen. So dürfen ihm die Herrenhausbeschlüsse gar nicht unlegen kommen. Es wird sich begnügen, eine Reform gewollt zu haben, die an einflussreicheren, reaktionären Mächten scheiterte. Daß es trotzdem als Partei des Junkerblocks und Wahlrechtschachers gebrandmarkt bleibt, dafür werden alle ehrlichen Anhänger des Reichstagswahlrechts sorgen.

Nicht leicht wird die Entscheidung für die Nationalliberalen sein, ob sie das Zentrum bei den Konservativen ausstechen sollen. Als Räder hat ihnen das Herrenhaus im Einverständnis mit der Regierung die Gemeinbedrückung hingeworfen; auch der Kulturträgerparagraph befriedigt einige ihrer Wünsche. Dafür sollen sie die Verantwortung für Beibehaltung der Dreiklassenwahl, für das indirekte Wahlsystem und für die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner auf sich nehmen, Dinge, die ihnen bei der nächstjährigen Reichstagswahl so teuer zu stehen kommen können, daß sie im Reiche zehnfach verlieren, was sie in Preußen dem Zentrum vielleicht abnehmen können. Denn darüber sind sich die Nationalliberalen längst klar, daß sie ihren Wählern bei weitem nicht bieten dürfen, was das Zentrum sich in seinem gefestigten Bestände erlauben darf. Die preußischen Trauben sind also recht sauer für die Liberalen und haben zudem die unangenehme Eigenschaft eines sehr starken Abführmittels.

Was aber die Konservativen angeht, so haben diese eigentlich das allergeringste Interesse an dem Zustandekommen dieser Wahlreform. Nicht sie — die Regierung hat diese Reform gewollt —, sie sind auch gar keine Anhänger des geheimen Wahlrechts, das sie dem Zentrum an Stelle des direkten kongediert haben. Ihnen wäre am wohlsten, es käme gar nichts zustande, und alles bliebe beim Alten. Das ist zweifellos ihre Grundanschauung, und was die Regierung nach dem Scheitern ihrer Vorlage anfängt oder nicht anfängt, das ist den ostelbischen Junkern höchst schuppe. In diesem Sinne behandelt Herr v. Gehdebrandt auch die Herrenhausbeschlüsse, die Herr v. Bethmann-Hollweg herbeigeführt hat. Er hält sie nicht für die geeignete Grundlage, ein Wahlgesetz zustandezubringen und scheint lieber auf letzteres, als auf seine neuen Blochbrüder, die ihm auch noch zu andern Dingen nützen können, verzichten zu wollen.

Der einzige, der hinter den Herrenhausbeschlüssen steht, ist Herr v. Bethmann-Hollweg, der Philosoph auf dem Ministerpräsidentenstuhl. Ihm genügt die blauschwarze Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht für seine „Reform“. Er wollte das unlösliche Problem eines schwarzblau-gelben Blocks zwingen, um der preußischen Volksbewegung eine respektvolle bürgerliche kompakte Majorität entgegenzustellen. Er wollte Ruhe vor dem Volke haben. Der Tor vergaß, daß die Mumienkammer des Herrenhauses am allerwenigsten geeignet ist, dem Lande ein Wahlgesetz zu geben, das Ruhe im Lande schafft. Schon rücken alle bürgerlichen Parteien von den Herrenhausbeschlüssen ab, die imstande sind, das Wahlrechtskompromiß des Abgeordnetenhauses zu zertrümmern. Jede Partei ist froh, von der Geschichte loszukommen, und der einzige Leidtragende bleibt Herr v. Bethmann-Hollweg, der Steuermann des preußischen Staatschiffes, der dank seiner staatsmännischen Befähigung das letztere zur willenlosen Beute der Parteidogmen werden ließ.

Besser keine Reform im gegenwärtigen Moment, als diese nach den Beschlüssen des preußischen Herrenhauses. — Das ist die Auffassung fast aller Parteien. Auch der Arbeiterklasse kann gar nichts daran gelegen sein, die preußische Regierung auf solche Weise von der Erfüllung des Königswortes zu entbinden. Denn nicht nur würde durch eine solche Scheinreform die Wahlrechtsbewegung auf Jahre hinaus lahmgelegt — derjenige Faktor, dem allein das königliche Versprechen und die allgemeine Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zu danken ist —, sondern die Arbeiter

schafft Preußens würde auch noch der wenigen Vertreter beraubt, die sie unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ins Abgeordnetenhaus senden konnte. Im Effekt wird also das Wahlrecht verschlechtert, die Entrechtung der weniger bemittelten Wählermassen verstärkt, das Volk im Parlament gänzlich mundtot gemacht. Deshalb kann es den Herrenausbeschlüssen gegenüber nur eine Parole geben: Fort mit diesem Wahlrechtsschmelzsalz! Lieber keine Reform in diesem Moment, sondern freie Bahn für die preußische Wahlrechtsbewegung!

Die Arbeitermassen dürfen aber ihre Zeit nicht verlieren, ohne den politischen Faktoren im Staate ihre Entfaltung über den Wahlrechtsrat in unzweideutigster Weise bekundet zu haben und ihre Stimmen erneut für eine wirkliche Wahlreform zu erheben. Der Aufmarsch der Massen, die gleiche Staatsbürgerrechte fordern, muß an Umfang und Geschlossenheit, an Ernst und eindringlicher Wirkung von Tag zu Tag zunehmen. Er muß der Regierung und den beiden Häusern des Landtags begreiflich machen, daß es so nicht länger geht und daß der gegenwärtige Rechtszustand auch durch die raffiniertesten Täuschungsversuche nicht aufrecht zu erhalten ist. Das preußische Volk darf nicht nachlassen, lauter und immer lauter das gleiche Staatsbürgerrecht für alle zu verlangen — es darf die Regierung und die herrschenden Massen nicht zur Ruhe des Genießens kommen lassen. Wir wollen dann sehen, wer es am längsten aushält — um den Erfolg ist uns nicht bange! Das freie, gleiche Wahlrecht für Preußen muß kommen — der Damm, der das preußische Volk von der Gesetzgebung abhalten soll, ist bereits unterwühlt. Die Hochflut der Volksbewegung wird mit ihm fertig werden.

## Internationales.

**Lohnbewegung der Bäcker in Salzburg (Oesterreich).** Am 3. Mai hat eine massenhafte besuchte Gehilfenversammlung beschlossen, den geltenden Lohnsatz zu kündigen und neue Forderungen den Arbeitgebern zu überreichen. Die Ortsgruppe Salzburg unseres österreichischen Bruderverbandes bittet, den Zugang nach dort strenge fernzuhalten!

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Dresden.** Generalbericht für Monat April 1910. Im Vordergrund des Interesses stand die Behandlung der Frage über die Aufgaben des kommenden Verbandstages. Die Sektionsversammlungen der Fabrikbranche (6. April), der Bäcker Dresdens (7. April), Sektion Mügeln (10. April), Pirna (24. April), befaßten sich in der Hauptsache mit diesem Thema. Die Quartalsversammlung vom 17. April behandelte das Thema allgemein. Außerdem beriet man über die zu stellenden Anträge zum Verbandstage und über die Nominierung der Kandidaten. In Vorschlag wurden acht Kandidaten gebracht, darunter zwei weibliche Mitglieder. Den Kassenbericht für das erste Quartal erstattete Kollege Klotz; die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. 13 Betriebsversammlungen wurden abgehalten, ebenso eine Konferenz aller Verbandsfunktionäre.

**Eisenach.** Am 8. Mai fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, wozu noch jeder Kollege besonders eingeladen war, da eine wichtige Tagesordnung vorlag. Leider glänzten wieder viele durch Abwesenheit; selbst vom Konsumverein waren nur zwei Kollegen erschienen. Viele Kollegen müssen ja auch Überstunden machen, um auf diese Weise ihre finanziellen Interessen zu vertreten, statt in den Versammlungen für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu wirken. Hauptsächlich genügt endlich diese Mahnung, damit hier wieder ein reger Versammlungsbetrieb zu verzeichnen ist.

**Gelsenkirchen.** Es ist bekannt, daß sich die kleinen von den großen Schachmachern durch nichts unterscheiden, wenn es gilt, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rauben, und daß man mitunter hierbei vor den schärfsten Mitteln nicht zurückbleibt. Zu den Menschen, denen in dieser Beziehung jedes Mittel recht ist, gehört auch der hiesige Bäckermeister Jos. Pleiß, Walpurgisstraße. Er fühlt sich berufen, die junge Organisation der Bäcker und Konditoren zu vernichten, und glaubt wohl, damit einen Hauptschlag zu machen, wenn er seinen früheren Gehilfen bei seinen Kollegen denunziert: der Gehilfe backe absichtlich schlechtes Brot, um dem Konsumverein die Kundenschaft zuzuführen. Weshalb er den Gehilfen unmöglich machen will, hat einen ganz andern Grund. Letzterer hat nämlich in der Organisation eifrig seine Pflicht erfüllt und soll nun aus Gelsenkirchen verschwinden. Die Aeußerung des Bäckermeisters, daß er niemals mehr einen Verbandsgehilfen beschäftigen will, ist hierfür Beweis genug. Wie will ein solcher Bäckermeister es mit seinem Gewissen vereinbaren, auf diese Art einem Gehilfen die Existenz zu unterbinden? Und noch dazu, wo dieser wiederholt bei ihm arbeitete und zusammen 42 Monate in diesem Betrieb beschäftigt war, Herr Pleiß ihn sogar aus anderer Arbeit herausholte, damit er wieder bei ihm arbeite? Fast vier Jahre brauchte der Meister, um herauszufinden, daß der Gehilfe sein Geschäft schädigte, und obendrein kam erst, als der Gehilfe den Betrieb verlassen hatte, dem Herrn Pleiß diese Ueberzeugung. Das Ziel, welches er sich gesteckt hat, wird er aber, dessen kann er sicher sein, nicht erreichen; er wird die junge Organisation nicht vernichten. Dazu ist er zu schwach. Und ebenso wäre den andern Herren vom Vortag zu empfehlen, den Gehilfen nichts in den Weg zu legen, wenn sie von dem Recht, sich zu organisieren, Gebrauch machen; denn sie selbst nehmen es ja für sich auch in Anspruch. Im übrigen sollte man sich lieber um den inneren Zustand der Betriebe etwas mehr kümmern; hier ist den Herren reichlich Gelegenheit gegeben, besseres zu schaffen, und auch Herr Pleiß hat alle Ursache, sich zunächst um solche Sachen zu kümmern.

**Landshut.** Das Mitglied Alois Nirschl, Buch-Nr. 16366, eingetreten in Landshut, wird aufgefordert, seine Adresse sofort dem Kollegen Gumpendopler, Landshut, Hoyerbräu, Neustadt 444, mitzuteilen, da er in einer Klagefahle als Zeuge auftreten soll. Diejenigen Kollegen, welche seinen Aufenthaltsort wissen, werden ebenfalls ersucht, Mitteilung an Kollegen Gumpendopler gelangen zu lassen.

**Neumarkt a. d. N.** Am 8. Mai fand hier eine Versammlung der Brauer, Bäcker und Konditoren statt. Kollege Gumpendopler-Landshut referierte über das Thema: „Die traurige Lage der Arbeiter in den genannten Berufen.“ Obwohl die Lage dieser Kollegen hier eine tieftraurige ist, waren nur wenige erschienen; die meisten davon waren organisiert.

Eine Aufnahme wurde aber gemacht und einige Exemplare der Arbeiterpresse bestellt. Zu konstatieren ist, daß die Arbeitgeber auf dem Lande die Organisation hier gleichfalls zu unterdrücken suchen; warum, ist leicht erklärlich; für sie sind Gesetze „ein Fremdwort“. Wenn sie Löhne bezahlen würden, die einigermaßen den Verhältnissen entsprechen, so könnten sie sich nicht so bald auf Kosten der Arbeiter in den Ruhestand begeben. Weshalb heute keine Gasse gegeben werden, daß auch sie den Vorkurs der Organisation nicht aufhalten können, trotz alledem.

**Posen.** Am 3. Mai fand bei Jarocki, St. Martinstraße, eine Versammlung statt. Schon vor Beginn der Versammlung erschien ein Polizeikommissar, um sich zu überzeugen, ob etwa polnisch oder „politisch“ gesprochen würde. Allem Anschein nach hatten die Bäckermeister den Schutengel gefandt. Polnisch oder „politisch“ wurde nicht gesprochen, wohl aber entrollte der Kollege Winger in derber deutscher Sprache ein trauriges Bild über die Bäckereimißstände. In den meisten Bäckereien wird die tägliche Arbeitszeit überschritten, ohne daß die Polizei dies bemerkt. Viele sogenannte Schlafräume sehen mehr einem Schweinestall ähnlich, als einem Aufenthaltsraum für Bäckergehilfen. Statt die harmlosen Bäckergehilfen-Versammlungen zu überwachen, sollte die Polizei die Bäckereien mehr kontrollieren, dort würde sie genug Beschäftigung finden. Der Beamte notierte sich aber die vorgebrachten Mißstände und wird hoffentlich für deren Beseitigung Sorge tragen. Dann hörten die Meister das Gegenteil dessen erreichen, was sie durch die Versammlungsüberwachung erreichen wollten.

Die hiesigen Bäckermeister versuchen, mit den schmutzigsten Mitteln unsere Organisation zu bekämpfen. Der Kollege Zielonacki wurde kürzlich beim Besuche einer Bäckerei von dem Meister mit Wasser begossen. Vor kurzer Zeit wurden einem Bäckergehilfen aus seinem — natürlich unverschließbaren — „Schlafsalon“ alle Sachen gestohlen. Der Meister hatte nun nichts Giltigeres zu tun, als den Kollegen Z. des Diebstahls zu beschuldigen, weil dieser oftmals mit Zeitungen in die Bäckerei kam. Um 6 Uhr früh kam denn auch schon die Polizei, um bei unserm Kollegen, der ahnungslos im Bette lag, zu haussuchen. Selbstverständlich war der Verdacht unbegründet. Die Posener Kollegen werden sich aber durch solche Kampfweise nicht irre machen lassen, sondern nun erst recht für unsern Verband agitieren. Eine große Anzahl Kollegen hat sich bereits ihm angeschlossen; hoffentlich folgen die noch abseits stehenden Kollegen bald nach, damit wir auch hier menschenwürdige Zustände erkämpfen können. Die Mitglieder treffen sich jede Woche bei Jarocki, St. Martinstr. 4. Der Vertrauensmann, Kollege Zielonacki, wohnt St. Martinstr. 64, Gartenhaus I. Dorselbst werden Beitrittsklärungen sowie Beiträge entgegengenommen.

Am 3. Mai, abends, sollte eine Konditorenversammlung stattfinden. Es waren leider nur sehr wenige dieser Kollegen erschienen; statt in die Versammlung zu kommen, machten einige eine Bierreise. Bedauerlicherweise beteiligte sich auch ein Mitglied unseres Verbandes daran. Die Posener Konditorgehilfen hätten wahrhaftig wichtigeres zu tun, als sich durch Bierstudenten von der Versammlung fernhalten zu lassen. Sind die Verhältnisse etwa noch nicht traurig genug? Wie oft wird seitens der Konditoren über die lange Arbeitszeit geschimpft. Ja, Kollegen, von selbst wird es nicht besser. Sinein in den Bäcker- und Konditorenverband!

**Stendal.** (Ein schlagfertiger Bäckermeister.) Die hiesigen Bäckermeister meinen, die Organisation durch das komische Mittel aus der Welt schaffen zu können, wenn sie die Gesellen hermeitlich von der Außenwelt abschließen, damit sie niemals mit den organisierten Kollegen in Berührung kommen. Ganz Besonders leistete sich kürzlich ein Bäckermeister M., als ein Verbandsmitglied sich „erfrechte“, in die Bäckerei zu gehen, um die Gesellen für den Verband zu gewinnen. M. wurde darob fuchsteufelswild wie ein Truthahn, dem ein rotes Tuch vorgehalten wird. In diesem Zustande wollte der gebildete Herr unsern Kollegen mit kochendem Wasser verbrühen. Auf das Schimpfwörterlegikon, das nebenbei ausgekratzt wurde, wollen wir nicht eingehen. Herr M. hat ja zur Genüge seine Bildung bewiesen, indem er unsern Kollegen ins Gesicht spuckte. Die Zimmungskorphyphäen können auf solche Elemente stolz sein, wir wünschen ihnen viel Glück dazu. Wenn sie aber so horniert sind, zu glauben, daß durch solche Künsteleien die Organisation vernichtet wird, dann täuschen sie sich gewaltig. Druck erzeugt Gegenruck, das sollen sich auch die Bäckermeister in Stendal merken.

**Wiesbaden.** Am Dienstag, 3. Mai, fand hier eine Versammlung statt, in welcher Strobel-Mannheim über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften“ referierte. Der Redner erntete bei den Zuhörern, die mit sichtlichem Interesse seinen vortrefflichen Ausführungen folgten, den verdienten Beifall. Leider war die Versammlung schlecht besucht. Anscheinend haben so manche Mitglieder es geschaut, die Wahrheit zu hören, d. h., auch an ihre Pflichten und Aufgaben erinnert zu werden. Da wir über den Besuch unserer Veranstaltungen Buch führen, dürfte mancher an sein mangelhaftes Pflichtbewußtsein gelegentlich energisch erinnert werden.

## Polizei und Gerichte.

**Der Meister wegen Körperverletzung, der Gehilfe wegen Hausfriedensbruchs angeklagt.** Der Bäckergehilfe M. D. war bei dem Bäckermeister Mann in Wüdesheim in Arbeit. Am Dienstag, 8. Februar, abends, nach einem Wortwechsel sagte Mann zu D., er brauche nicht mehr zu kommen. D. ging nach Wingen zum Karneval, versuchte in der Nacht in verschiedenen Wirtschaften Logis zu erhalten, jedoch vergebens. Er ging hierauf nach Wüdesheim zurück, fand das Tor seiner bisherigen Arbeitsstelle offen, nahm nun eine Leiter und stieg in sein Zimmer, um die Nacht zu schlafen. Gegen 3 Uhr morgens kam Mann in das Zimmer, angeblich, um das Fenster zu schließen, und fand nun D. im Bette. Mann will D. aufgefordert haben, sofort das Haus zu verlassen; D. will davon nichts gehört haben. Auf einmal wurde ihm die Bettdecke weggezogen und er auch gleichzeitig mit der Hand bearbeitet; er erhielt einen so wichtigen Schlag auf das Gesicht, daß Blut aus Mund und Nase floß. Dann holte Mann einen Besen, und die Tortur ging von neuem los. Als D. nun aufgestanden war — es war kalte Winternacht —, ging er nach Wingen auf die Polizei, wurde von da nach Wüdesheim auf die Bürgermeisterei geschickt, wo man ihm die sehr bezeichnende Antwort gab: es wäre ihm wohl recht gesehen. D. ging darauf zur Gendarmerie nach Wingen, und erst an dieser dritten Stelle nahm man Veranlassung, die Angaben zu protokollieren. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen Mann wegen Körperverletzung. Mann hatte Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet; daraufhin wurde D. mit M. 5 Geldstrafe bedacht, wogegen dieser Einspruch erhob. Die Verhandlung gegen Mann wegen

Körperverletzung fand am 18. März vor dem Amtsgericht in Wingen statt. Vier Zeugen waren geladen, jedoch wurden nur zwei vernommen. Der Staatsanwalt bezichtigte das Gebaren Manns als rohen Akt; er beantragte in Anbetracht der Unbescheidenheit desselben aber nur M. 15 oder drei Tage Haft. Das Gericht sprach Mann frei, weil, als er das Zimmer betrat und einen fremden (?) Mann im Bette liegen sah, er in begreiflicher Erregung gehandelt habe! Interessant ist eine Aeußerung des Verteidigers, der es als gar nichts Schlimmes bezichtigte, wenn jemand einen Besen nehme und auf jemand einschlage — und dies, obgleich D. infolge dieser Prozedur acht Tage im Krankenhaus war! Ob das Gericht auch so loyal verfahren wäre, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte? Am 1. April fand nunmehr die Verhandlung wegen des Einspruchs gegen den Strafbefehl statt. Der Staatsanwalt beantragte selbst Freisprechung und bemerkte, daß auch die heutige Verhandlung wieder beweise, daß Mann der Schuldige sei, und bedauerte, daß das Gericht diesen freigesprochen habe. Der Verteidiger D.S. kennzeichnete in scharfen Worten das Verhalten Manns. Er sagte, daß es eine Brutalität, eine Unmenschlichkeit sondergleichen wäre, von einem Menschen, der längere Zeit im Hause in Arbeit gestanden hätte, zu verlangen, in einer Winternacht das Haus zu verlassen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Was eigentlich die Ursache dieser Prozesse gewesen ist, interessierte leider das Gericht, das gegen Mann zu verhandeln hatte, nicht, wiewohl es jedenfalls auf das Urteil nicht ohne Einfluß gewesen wäre. In Wüdesheim ist es Brauch, daß die Kunden Teig zu ihrem Bäcker bringen, um dann dort das Brot fertigstellen zu lassen. Es kam nun eine Frau R. und fragte D., was los sei, da sie diesmal weniger Brot bekommen hätte. D. sagte ihr, daß es soviel gewesen sei wie sonst. Die Frau sagte dem Meister, und dieser war darob aus dem Häuschen. Er wollte D. veranlassen, zu der Frau zu gehen und zu sagen, daß er sich geirrt habe! D. verweigerte dieses, wohl im Bewußtsein der Wahrheit.

D. hat nach seinen Angaben auch noch M. 35 verdienten Lohn zu erhalten. Als er jetzt zu dem Meister kam, um ihn zu fordern, wurde er des Hauses verwiesen. Nun ging unser Bezirksleiter Dengel hin, stellte sich vor und wurde da von Mann mit den liebenswürdigen Worten empfangen: „Ach was, ich ich... Euch alle miteinander voll.“ (Das ist der vielgerühmte Anstand der Bäckermeister!) Als er merkte, daß er damit Dengel aber noch nicht los wurde, steckte er merklich tiefer. Er ersuchte ihn, ins Lohnbuch Einsicht zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß wöchentlich der Lohn von M. 8 ausbezahlt sei; M. 5 glaubte er aber einbehalten zu dürfen, weil durch die Unvorsichtigkeit D.S. eine Maus in den Sauerteig geraten sei. Was wirklich kein Wunder wäre, denn bei einer Auspflügel der Lohner soll gleich ein ganzes Duzend zum Vorschein gekommen sein. D. behauptete trotzdem weiter, wöchentlich nur M. 3 erhalten zu haben, das andere habe Mann ihm „aufbewahren“ wollen.

Als Dengel darauf nochmals zu Mann kam, geriet dieser vollends aus dem Häuschen, und wie ersterer äußerte, er werde Veranlassung nehmen, die Wüdesheimer Arbeiter über den Anstand des Meisters aufzuklären, erwiderte dieser: Machen Sie daß Sie wegkommen, sonst trete ich Ihnen eine in den Ar... Diese Proben des Meisterantandes werden genügen. Leider wird es noch lange dauern, bis die Bäckergehilfen einsehen gelernt haben, daß man nicht als einzelner sondern nur im Verein mit andern der Willkür der Feiggeiern entgegen treten kann. Hoffentlich trägt dieser Prozeß aber dazu bei, daß die Kollegen auch in dieser Ecke jetzt schneller den Weg zum Verbands finden.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Der Umfang der Aussperrung im Baugewerbe.** Jetzt ist das Kampffeld klar genug, um die Stellung der Parteien genauer zu erkennen. Von den Arbeiterverbänden liegen jetzt auch zuverlässige Angaben über die Zahl der ausgesperrten Arbeiter vor. Der erste Eindruck, den diese Zahlen herborrufen müssen, ist der, daß die Aussperrung weit hinter den Voraussetzungen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Man erinnere sich der Drohungen des Unternehmerbundes, 300 000 Arbeiter und mehr sollten auf die Straße kommen. Diese Illusionen sind erledigt. Hier das Resultat der Aussperrung nach den Feststellungen der Arbeiterorganisationen.

Von den 1040 Zweigverbänden des Maurerverbandes wurden in 529 mit 127 192 Mitgliedern 64 361 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit getreten 6114, im Baugewerbe sind wieder in ein Arbeitsverhältnis getreten 7513, so daß sich am 27. April 50 734 ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle meldeten.

Vom Zimmererverband liegt ein ganz abschließendes Resultat noch nicht vor. Aussperrt ist in 423 Verbandszahlstellen, die zusammen 37 712 Verbandsmitglieder umfassen. Davon machten 391 Verbandszahlstellen, die zusammen 36 422 Verbandsmitglieder umfassen, die nähere Angabe, daß zusammen 21 560 Mann ausgesperrt seien. Stellen wir in Berücksichtigung dieses Umstandes für den Zimmererverband 22 500 Aussperrte in Rechnung, dann haben wir damit reichlich hoch gegriffen.

Von den 403 Zweigvereinen des Bauhilfsarbeiterverbandes wurden in 269 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April 23 983 Mitglieder ausgesperrt, 43 651 Mitglieder stehen noch in Arbeit. Außerdem sind zirka 5 500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in andern Verbänden Mitglieder sind. Vom Verband der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt 13 224 Mitglieder ausgesperrt. Danach hätte also der Unternehmerverband insgesamt 129 568 Mitglieder der Gewerkschaften aus der Arbeit bringen können. Zieht man aber die Zahl der durch den Eintritt in ein anderes Arbeitsverhältnis aus den Listen gestrichenen Arbeiter davon ab, so bleiben nur noch 116 041 Aussperrte übrig.

Diese Zahl wird nun natürlich fortwährenden Schwankungen unterworfen sein. Von den Aussperrten werden noch manche anderwärts in Arbeit treten, und andererseits werden durch die Wirkungen der Materialsperrre neue Aussperrte hinzukommen. Es wäre heute müßig, zu untersuchen, ob der Zugang oder der Abgang stärker sein wird. Worauf es ankommt, ist, daß der Umfang der Aussperrung weit hinter den Erwartungen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Noch vor wenigen Tagen ließ der Arbeitgeberbund verbreiten, von der Aussperrung seien

allein 166 000 Maurer und Zimmerer (also ohne Hilfsarbeiter) betroffen. Aus der ganzen Aufmachung jener Nachricht war zu ersehen, daß es sich dabei um ganz willkürliche Schätzungen handelte. Schließlich kann es den Arbeitern wenigstens gleichgültig sein, wenn sich die Leitung des Arbeitgeberbundes in dem Wahne wiegt, die Aussperrung habe wirklich jenen Umfang angenommen; sie täuscht sich dann wieder einmal über die wirkliche Lage, wie sie es schon so oft getan hat.

Diese Feststellungen werden dem Arbeitgeberbunde natürlich sehr unangenehm sein. Er hat den schwankenden Unternehmern immer vorgebetet, die Aussperrung würde so groß werden, daß die ganze Geschichte in wenigen Wochen mit der Niederlage der Arbeiter beendet sein würde. Viele Unternehmer haben sich nur im Vertrauen auf einen solchen Ausgang an der Aussperrung beteiligt. Nach diesen Zahlen dürfte es auch dem Einsichtslosesten klar werden, daß solche Hoffnungen eitel sind. Nach den Verheißungen des Arbeitgeberbundes sollte der Kampf in sechs Wochen zur Erde sein. Jetzt ist man aber auch dort schon etwas bescheidener geworden und rechnet mit der Möglichkeit einer längeren Dauer. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich der Kampf sehr in die Länge ziehen wird. Die Bauarbeiterchaft braucht sich davor nicht zu fürchten. Ihre Organisationen sind gut fundiert und ihr Opfermut ist groß. Ebenso glänzend aber wird sich die opferwillige Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterchaft bei den eingeleiteten Sammlungen bewähren. Die Arbeiterchaft aller Berufe weiß, wie wichtig es für sie ist, diesen Vorstoß des Scharfmachtentums abzuschlagen. Sie wird darum das ihrige tun, um der Bauarbeiterchaft den Sieg zu sichern.

## Aus driffliger und gelber Werkstatt.

**Vernunft wird Unfuss!** Ueber die geistige Verwirrung im gelben Lager konnten wir schon mancherlei zur Aufhellung unserer Mitglieder unterbreiten. Zur weiteren Beleuchtung bringen wir im nachstehenden eine Resolution, die am 10. April anlässlich einer gemüthlichen Zusammenkunft der Gelben von Sachsen in Dresden angenommen wurde:

„Die heute in Dresden versammelten Vorsitzenden des Zweigverbandes Sachsen, sowie die Führer und Vorsitzenden der Dresdener handwerkstreuen Gesellenvereinigungen sehen sich im Interesse des Handwerks genötigt, angesichts der heutigen Verhältnisse im Bädergewerbe folgende Erklärung abzugeben:

Wir stehen nach wie vor auf dem schon von uns auf dem Bundesstag in Meissen eingenommenen Standpunkt und erklären:

Die häufig nur von einem kleinen Teil, oftmals handwerks- und betriebsfremder Personen angezettelten Streiks und Boykotts in unserm Handwerk können, wollen und werden wir nie unterstützen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß es sich für die Führer weit weniger um Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für uns Gesellen, sondern um eine Machfrage der gegnerischen Organisationsleiter handelt.

Deshalb erklären wir:

Allezeit werden wir die Interessen unserer Kollegen auf das energischste vertreten, soweit dies ohne Schädigung des Handwerks möglich ist. Im Streit und Boykott aber können wir nur eine Schädigung der Klein- und Mittelbetriebe erblicken, die ausgeschaltet werden sollen, um Groß- und Massenbetriebe an deren Stelle zu schaffen.

Dadurch wäre es aber jedem einzelnen von uns unmöglich gemacht, sich bereinst eine Existenz zu gründen, einst selbst Handwerksmeister zu werden.

Als Handwerker wollen wir allen Parteikämpfen fernstehen.“

Zweitens: „Obige Gründe veranlassen uns, zu erklären, daß wir im Interesse unseres Handwerks die genannten Gewaltmittel, Streit und Boykott, gegebenen Falles bekämpfen würden und fordern alle Bädergesellen, denen an der Erhaltung unseres Handwerks gelegen ist, auf, in unsere Organisation einzutreten und mitzuhelfen am Erhalten und Erfahren des ehrwürdigen Bädergewerks.“

Wie werden sich über die Geldgeber der Gelben — die Bädermeister — ihre Böglinge freuen? Warum gingen die Macher nicht gleich aufs ganze, schafften den Streit ab und kauften den Herren Gundepeitschen, womit sie die Gesellen zu Paaren treiben?

**Der Bauernbäcker Giese in Straßburg.** Seit Jahren hat Paulchen es vorgezogen, die elässige Hauptstadt zu meiden, weil er vor Jahren nicht besonders sanft aus den Kollegenreisen bei einem Fest hinausgeleitet wurde. In dieser Zeit bereicherte er bei unzähligen Bädermeistern in den Dörfern der Täler im Elsaß sein Wissen, und ausgerüstet mit einer Menge neuer Ideen und Pläne trat er am 21. April vor die Straßburger Bädergesellen. Das Thema, über welches er redete, war so komisch, wie Paulchen selbst: Handwerkskammern, paritätischer Arbeitsnachweis und Schutz des Gehilfentitels. Mit diesem Potpourri glaubte er die Kollegen über ihre elende Lage hinwegzutäuschen. Ein Diebolt aus Mülhausen und der ehemalige Bädermeister Spremberg standen Paulchen als Sekundanten zur Seite. Zum eigentlichen Thema wurde wenig Zeit verwendet, um so mehr leistete sich der Redner in einer Schimpfpanonade gegen den Verband. Die alten Lügenmärchen, die Paulchen schon zu Duzenden Malen widerlegt wurden, servierte er frisch aufgewärmt den Versammelten. So lag er nach dem Grundiaz frei, froh, der Verband habe noch nichts erreicht, die Mitglieder müßten deshalb hohe Beiträge bezahlen, damit die Agitatoren ein frohes Dasein führen können. So koste dem Verbands der Gauleiter Lantze M 3385, solche Gauleiter hat der Verband sieben. (Paulchen scheint die Lüge und Verleumdung in Pacht genommen zu haben, sonst könnte er, trotzdem er von uns schon zweimal als Lügner entlarvt wurde, nicht nochmals mit denselben Verleumdungen hausieren gehen. D. Red.) Es war unserm Kollegen Gaud ein leichtes, mit Erfolg der konfusen Rede entgegenzutreten. Paulchen mußte anhöben, wie er in der gelben Zeitung vom November 1907 sich als Gegner des Maximalarbeitstages entpuppte. Es wurde ihm nichts geschenkt und das Lügengewebe in ein Nichts zerrissen. Man merkte es den Drahtziehern an, die die Elsaßer Gehilfenvereine mit allen Mitteln an den gelben Bund ausliefern wollten, wie die Liebe sagen. Wenn

auch Kollegen Gaud das Wort entzogen wurde, weil er die gelbe Streubrechergarde so zeichnete, wie sie ist, so war es doch nicht möglich, daß Paulchen und Konforten ihre Niederlage vermeiden konnten. An den Straßburger Kollegen liegt es nun, ob sie hinter den gelben Sumpfpflanzen hertrotten wollen und sich für immer das Schandmal eines Verräters an ihren Arbeitsbrüdern aufdrücken lassen, oder ehrlich im Deutschen Bäder- und Konditorenverband für die Verbesserung unserer tieftraurigen Lage kämpfen wollen.

**Eine Lohnbewegung der „Handwerkstreuen“ in Darmstadt.** Auf Veranlassung des Bädergesellenvereins, des Bäderklubs „Einigkeit“ und des Bundes (gelb), die sich den Titel beigelegt hatten „Vereinigte Bädergesellenvereine“, fand am Donnerstag im Saale der „Stadt Pfungstadt“ eine öffentliche Gehilfenversammlung statt, die von etwa 150 Kollegen besucht war. Im Vordergrund war eine sogenannte Lohnkommission zusammengebracht worden, und der Vorsitzende derselben teilte nach Eröffnung mit, daß die Bewegung bereits schon im Oktober vorigen Jahres ihren Anfang genommen habe, indem bereits schon damals in einer Sitzung zu der Frage betreffs Verbesserung der Verhältnisse Stellung genommen worden sei. Die Kommission schlage vor, eine zehnprozentige Lohnhöhung und Verabreichung des Frühstück- und Abendessens außer Hause, dafür sollen 70 % vergütet werden. Die Organisation hätte leider ausgeschaltet werden müssen aus der Lohnkommission, da es nicht erwünscht (?) gewesen wäre. Die Diskussion bewegte sich einstimmig in der Richtung, daß die Kost im Hause gänzlich zu beseitigen sei. Mit der Lohnhöhung von 10 % war die Versammlung einverstanden und mußte versucht werden, einen Minimallohn von M 21 für die letzten Gehilfen, für die andern selbstredend entsprechend mehr, festzusetzen, wozu, wenn Logis im Hause weiter gegeben wird, der diesbezügliche Betrag — im allgemeinen rechnet man durchschnittlich pro Woche für Logis M 2 — in Abzug zu bringen sei. Auch bezüglich des Arbeitsnachweises wurde die Kommission ersucht, alles daran zu setzen, um hier Remedur zu schaffen; denn heute könne man nur von Seelenverkauf sprechen. Der Bezirksleiter des Verbandes, der zugegen war, erklärte, daß wir wohl heute nicht in Darmstadt zu dieser Frage Stellung nehmen könnten, wenn nicht von seiten des Verbandes alles versucht worden wäre, die Kollegen aufzuklären, um dann einmal mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Jetzt haben die Unternehmer Bunte gerochen und glauben durch ein Komödientenspiel die Darmstädter Bädergesellen täuschen zu können. Und zu diesem Zwecke versuchte man, einige Kollegen zu gewinnen, die die Schaupisler abgeben sollen. Erfreulicherweise hat die Versammlung gezeigt, daß diesmal die Innung die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat. Die Ruhe, die bei den Ausführungen der Kollegen vom Verbands herrschte, bewies, daß auch die Bädergesellen von Darmstadt sich nicht mehr grüselig machen lassen mit dem roten Tuch. Selbst der Vorsitzende und Kollegen vom Bunde mußten zugeben, daß der Wille der Versammlung ein erster ist, daß man diesen Willen auch zur Durchführung bringen müsse. Die Lohnkommission wurde beauftragt, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Forderungen zur Durchführung zu bringen. Einmütig kam die Meinung zum Ausdruck, daß, wenn auf friedlichem Wege nichts zu erreichen ist, man zum Streit greifen müsse. Der Bezirksleiter des Verbandes erklärte unter tosendem Jubel, daß, wenn wir auch von den Unterhandlungen ausgeschlossen seien, wir doch in der Stunde der Entscheidung unsern Mann stellen, und der Vorsitzende erklärte, daran hätte er noch nicht einen Augenblick gezweifelt.

Somit wir die dortige Innung kennen, zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß sie die gerechten Forderungen in der brutalsten Weise ablehnen wird. Hoffentlich ziehen dann die Vereine die Nutzenwendung daraus und führen trotzdem ihre Beschlüsse im Interesse der Gehilfen durch.

**Ein gelber Musterknabe, oder: Wie kann man auf bequeme Weise Meister werden.** Bekanntlich lautet doch die gelbe Devise: „Gemeinam mit dem Meister für das Handwerk“. Die beste Interpretation für diesen Spruch gab vor kurzem der Vorsitzende Weiß der Gelben in Rattowitz. Dieser „Herr“ läßt anscheinend nichts anderes liegen, als heißes Eisen und Mühlensteine; er war bei dem Bädermeister Schmidt in Rattowitz beschäftigt und hat seinen Arbeitgeber fortwährend bestohlen, wie Mohn, Wadpulver, Schieber und alles, was so zum Meisterwerden gehört. Es fehlte ihm zum Meisterwerden bloß noch der Wadofen; wäre letzterer transportabel gewesen, so hätte er auch wohl diesen noch gestohlen. In mehreren Versammlungen trat er unsern Referenten entgegen und konnte nie genug tun im Schimpfen auf unsere Mitglieder; aber wie so mancher dieser Gelben, wurde auch er entlarvt. Ja, die Bädermeister können stolz sein auf ihre Musterknaben! Das Erfreuliche aber ist, durch solche Vorkommnisse kommen die übrigen Kollegen immer mehr zu der Einsicht, daß nur der Bäder- und Konditorenverband die berufene Gesellenvertretung ist.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).

(Sitz Dresden.)

**Anträge zur ordentlichen Generalversammlung am 29. und 30. Mai 1910 in Berlin.**

**Zentralverwaltung und örtliche Verwaltungsstelle Dresden:** Zu § 2 Ziffer 2: Als verwandte Berufsgenossen sind Müller, Konditoren, Pfefferkuchler und alle in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Arbeiter anzusehen.

**Bant-Wilhelms haben:** Das weibliche Hilfspersonal als Mitglieder dritter Klasse aufzunehmen.

**Zentralverwaltung und Dresden:** Zu § 4 Ziffer 5: An Stelle der bisherigen Fassung zu setzen: Die Mitgliedschaft endet mit dem Tode, an welchem der diesbezügliche Beschluß durch den Bevollmächtigten der örtlichen Verwaltungsstelle oder durch den Kassenvorstand an die zuletzt bekannte Adresse des ausgeschlossenen Mitgliedes brieflich abgehandelt worden ist.

**In § 5 Ziffer 5 an Stelle „von fünf Jahren“ zu setzen: „eines Jahres“ und als Zusatz: „Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden, sind während ihrer Dienstzeit von allen Pflichten und Rechten entbunden. Dieselben können innerhalb vier Wochen nach beendeter aktiver Dienstzeit ohne Eintrittsgeld wieder beitreten, sobald sie sich vorchriftsmäßig abgemeldet und ihre Beiträge bis dahin bezahlt haben.“**

**Berlin:** Zu § 5: Die Bestimmung unter Ziffer 5 zu streichen.

**Zu § 6 Ziffer 2:** An Stelle der bisherigen Bestimmung zu setzen: „Jedes neu- bzw. wiedereintretende Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 50 % zu bezahlen.“

**Bant-Wilhelms haben:** „Doppeltversicherte haben kein Eintrittsgeld zu bezahlen.“

**Harburg:** Zu § 6 Ziffer 3: „In Zukunft nur zwei Beitrags- und Unterklassungen zu führen.“

**Zentralverwaltung und Dresden:** Zu § 6 Ziffer 3 (1. Nachtrag Artikel 8) folgende Beitragskala zu setzen: 1. Klasse M. 3, 2. Klasse M. 2,80, 3. Klasse M. 2,60 oder wöchentliche Beiträge: 1. Klasse 70 %, 2. Klasse 65 %, 3. Klasse 60 % und Ausschluß mit 8 und 13 Wochen Rückstand.

**In § 6 zu Ziffer 7 folgenden Zusatz:** Ergibt sich jedoch aus den Jahresabschlüssen der Kasse, daß die Einnahmen derselben zur Deckung ihrer Ausgaben einschließlich der Rücklagen zur Ansammlung und Ergänzung des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds nicht ausreichen, so tritt eine Erhöhung der Beiträge in der Weise ein, daß vierteljährlich ein Extrabeitrag von 50 % (oder ein Wochenbeitrag) von den Mitgliedern erhoben wird, und zwar so lange, bis die erforderliche Ausgleichung erreicht ist.

**Braunschweig, Lübeck, Mainz:** Zu § 7 Ziffer 2a: Zuschüsse zu künstlichen Gebissen zu gewähren.

**Elberfeld-Warmen:** Desgleichen zu künstlichen Augen.

**Lübeck:** Doppeltversicherten, welchen die ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel aus einer andern Kasse gewährt werden, erhalten das anderthalbfache Krankengeld unter Ziffer 2b sowie die Kosten für Ausstellung eines ärztlichen Attestes oder Krankenscheines in voller Höhe des ärztlichen Honorars gewährt.

**Braunschweig:** Bei langweiliger Krankheit kann der Bevollmächtigte das Mitglied an einen Spezialarzt verwiesen.

**Zentralverwaltung und Dresden:** Zu § 9: Als Ueberschrift zu setzen: „Vorschriften für Erkrankte“.

**Mainz:** Der Vorstand kann die Ueberweisung in ein Krankenhaus verlangen.

**Zentralverwaltung und Dresden:** Zu § 14: Ziffer 7 erhält folgende Fassung: „Jede örtliche Verwaltungsstelle, deren Mitgliederzahl mindestens 100 beträgt, wählt einen Abgeordneten. Beträgt die Zahl ihrer Mitglieder mehr als 100, so ist auf je weitere 300 ein weiterer Abgeordneter zu wählen. Örtliche Verwaltungsstellen mit weniger als 100 Mitgliedern werden zu Wahlbezirken mit 100 Mitgliedern zusammengelegt. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten. Die Wahlbezirke werden vom Kassenvorstand zusammengelegt und bei Einberufung einer Generalversammlung im Kassennorgan bekanntgegeben.“

**Mainz:** Zu § 19 Ziffer 2 als Zusatz: „Außerdem ist ein Bericht beizugeben, welcher über die Verhältnisse der Kasse genauere Angaben gibt.“

**Bant-Wilhelms haben:** „Eine Zusatzklasse für Familienangehörige einzuführen mit einem monatlichen Beitrag, und zwar für die Frau 75 %, für die ersten beiden Kinder je 30 %, für die übrigen Kinder je 20 %. Die Familienmitglieder haben freie ärztliche Behandlung und ein Fünftel der Kosten für Arznei und Heilmittel zuzuzahlen, Krankenhauspflege dagegen selbst zu bezahlen.“

**Stettin:** Anschluß an den Krankenkassenverband.

**Lübeck:** Anschluß der örtlichen Verwaltungsstelle an den Sanitätsverband Lübeck.

**Braunschweig:** Anschluß an ein Genesungsheim.

**Leipzig:** Aenderung bzw. Vereinfachung der Krankenscheine.

**Braunschweig, Köln, Harburg, Leipzig:** Umwandlung der Zentralkasse in eine Zuschußkasse.

**Köln:** Eventuellen Anschluß an eine andere freie Hilfskasse.

**Harburg:** Den Kassenvorstand und Ausschuß zu beauftragen, ein Statut auszuarbeiten und innerhalb eines Jahres eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Auflösung der Kasse und Gründung einer Zuschußkasse.

**Litona:** Eine dreigliedrige Kommission einzusetzen, welche gemeinsam mit dem Kassenvorstand und dem Vorstand des Verbandes der Bäder und Konditoren zu erwägen hat, ob und wie ohne Nachteile der Kassenmitglieder ein Zusammenschluß der Krankenkasse mit dem Verband zu erzielen sei. Diese Kommission berichtet über ihre Vorschläge einer 1911 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Zentralkasse.

**Der Kassenvorstand.**  
F. A. Carl Pietzschmann, Vorsitzender.

## Literarisches.

Von der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung liegt nunmehr auch der dritte Teil vor. „Fünfzehn Jahre Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht.“ Die wichtigsten Vorgänge innerhalb der Berliner Arbeiterbewegung bis in die neueste Zeit werden in diesem Bande in Wort und Bild gewürdigt, und es ist von großem Interesse für jeden Mitkämpfer, sich diese Ereignisse, bei denen er vielleicht mitgekämpft hat, ins Gedächtnis zurückzurufen. Jeder Parteigenosse sollte die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung lesen; denn aus der Geschichte der eigenen Partei sieht er vergangene Zeiten vor dem geistigen Auge auftauchen; sie zeigt den Aufstieg der Arbeiterklasse vom dumpfen, energielosen Kapitalflaven zum politisch denkenden Klassenbewußten Arbeiter, der alle Kraft einsetzt in dem Kampf für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Die Geschichte der eigenen Bewegung lehrt den Weg erkennen, der der Arbeiterbewegung zur Erreichung ihres Zieles vorgezeichnet ist. Die zahlreichen Bilder und Dokumente erhöhen den Wert der Arbeit und tragen zur Veranschaulichung bei. Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung kostet pro Band broschiert M 5, in Leinen gebunden M 6,50, in Halbfranz M 7,50. Außerdem ist jeder Band in je 17 Heften à 30 % durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Zeitungsaussträger zu beziehen. Ausführliche Prospekte versendet kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.